

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 90 SONNTAG, 3. März 1935

Aus dem Inhalt:
Der feine Besuch
Unter dem roten Talar
Hinter den Göbbels-Kulissen
Reichsbischof Müllers Glück
und Ende
Kinder im Gefängnis

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Kriegsvorbereitung auf Pump

Das neue Etatjahr des Dritten Reiches

Fünf Zeilen nenn' ich Euch inhalts-schwer:

»Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, im Wege des Kredits Mittel zu beschaffen, deren Höhe der Führer und Reichskanzler auf Antrag des Reichsministers der Finanzen bestimmt.«

So stehts im Reichsgesetzblatt Nr. 16 vom 20. Februar mit den Unterschriften: Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler. Der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk. Fünf Wochen trennen uns vom Beginn des neuen Etatjahres. Mit einiger Spannung sah man dem neuen Budget entgegen, aus dem man die Antwort erraten wollte, wie denn das Gleichgewicht in einem Staatshaushalt hergestellt werden sollte, der mit Hunderten von Millionen für Einlösung der Steuergutscheine, von Schatzscheinen und Arbeitsbeschaffungswechseln vorbelastet ist. Schätzte doch vor kurzem der Reichsfinanzminister die Vorbelastung und Fehlbeträge, die in den Etatjahren von 1935 bis 1939 zu decken wären, auf nicht weniger als 6 Milliarden Reichsmark.

Der Hitler-Minister hatte damals auch erklärt: natürlich haben wir uns das Geld gepumpt! Und jetzt erfahren wir: es wird weiter gepumpt. Es ist die selbe Finanzwirtschaft wie unmittelbar vor der großen französischen Revolution, nur in einem quantitativ enorm vergrößerten Ausmaß!

Aber was einzigartig ist, ist die völlige Kontrolllosigkeit der Pumpwirtschaft, die jetzt zum ersten Male in einem europäischen Staat als Gesetz verklärt wird. Die Gewährung von Kreditermächtigungen und die Festsetzung ihrer Höhe bildete nicht nur das wichtigste Grundrecht aller Verfassungen; die Kontrolle der Kreditaufnahmen und die Kenntnis ihres Umfanges sind die unumgängliche Vorbedingung für jede Beurteilung der öffentlichen Wirtschaft. Noch im letzten Etat Adolf Hitlers waren die Kreditermächtigungen zur Deckung des Defizits von 1933 und zur Konversion der Reichsanleihe von 1929 genau umschrieben.

Jetzt erfolgt eine Kreditermächtigung in unbekannter Höhe, und unbekannt bleibt es, ob und wann die Öffentlichkeit über den Umfang der aufgenommenen Kredite je Genaues erfahren wird.

Mit der neuen Maßnahme wird freilich eine Finanzpolitik nur auf die Spitze getrieben, die in Wirklichkeit schon seit Beginn der Hitlerdiktatur in immer größerem Umfang praktiziert worden ist. Der Finanzminister veröffentlicht zwar die Angaben über die Einnahmen, hüllt sich aber über die Ausgaben in undurchdringliches Schweigen. Damit ist die Finanzgebarung in Wirklichkeit völlig undurchsichtig geworden. Triumphierend teilt das Ministerium mit, daß die Einnahmen den Voranschlag übertroffen und die Steigerung voraussichtlich am Ende des Etatjahres eine Milliarde Reichsmark erreichen wird. Die Einnahmesteigerung ist aber ganz selbstverständlich. Denn wenn das Reich viele Milliarden zusätzlich in die Wirtschaft hineinpumpt und die Steuerbelastung wesentlich mehr als ein Drittel beträgt, dann muß die Steuereinnahme steigen. Wahrscheinlich bleibt die Steigerung hinter dem Betrag, der durch die riesigen Ausgaben bedingt ist, noch erheblich

zurück, so daß der Steuereingang aus dem Teil der Wirtschaft, der nicht direkt durch die Staatsausgaben angekurbelt ist, noch ungünstiger ist als in den Vorjahren.

Das Entscheidende ist aber, daß die Ausgaben kaum zu übersehen sind. Das gilt schon für die eigentliche Budgetgebarung. Denn trotz der steigenden Einnahmen und trotz der auch während des Laufs des Etatjahres immer weiter gedroselten sozialen Ausgaben ist bis jetzt ein Defizit von über 200 Millionen Reichsmark entstanden. Mit anderen Worten: bis zum Schluß des Etatjahres werden die Ausgaben den Voranschlag um mindestens 1,3 Milliarden Reichsmark überstiegen haben.

Aber die im Etat vorgesehenen Ausgaben sind ja nur ein Bruchteil der wirklich geleisteten, die in ihrer Höhe möglichst verborgen gehalten werden und auf dem sattem bekannten Weg der Schatzscheinbegebung und Wechselreiferlei finanziert werden.

Wir hatten bisher die Ausgaben für »Arbeitsbeschaffung«, in denen ein großer Teil der Rüstungsausgaben enthalten sind, auf zirka 5 bis 6 Milliarden Reichsmark geschätzt. Die Schätzung wird bestätigt durch neue Angaben des Instituts für Konjunkturforschung, das die für Arbeitsbeschaffungs-

zwecke bereit gestellten öffentlichen Mittel auf 5518 Millionen Reichsmark angibt. Davon entfallen auf das Reich 3026 Millionen, auf andere öffentliche Stellen (Reichsbahn, Reichspost usw.) 2492 Millionen. In diesem sind enthalten 550 Millionen für den Bau der Reichsautostraßen als Baurate für 1934, während die gesamten Kosten auf 3,5 Milliarden veranschlagt sind. Ausgaben, die zuletzt ebenfalls auf das Reich zurückfallen, und 553 Millionen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die durch den Raub der Unterstützungen erzielt worden sind. Dabei blieben aber eine ganze Reihe anderer Maßnahmen unberücksichtigt, wie die Zuschüsse für Umbauten und Wohnungsinstandsetzungen, die Steuererleichterungen für Ersatz- und Neuinvestitionen, Ausgaben oder Mindereinnahmen, deren Höhe über eine Milliarde hinaus geht.

Nun finden wir in der »Neuen Züricher Zeitung« vom 22. Februar eingehende Angaben, die bei der Zuverlässigkeit dieses rechtsbürgerlichen Blattes und seiner mehr als objektiven Einstellung zum deutschen Regime größte Beachtung verdienen. Das Blatt beziffert zunächst die Ausgaben für die eigentliche Arbeitsbeschaffung auf 3,5 Milliarden Mark, berücksichtigt also nur die unmittelbar auf das Reich entfallenden Summen und fügt hinzu, daß darin

natürlich auch Rüstungsausgaben enthalten waren. Dann aber fährt es fort:

»Für wirtschaftliche Rüstungen sind nach den Schätzungen wohlinformierter Finanzkreise

bisher 7 Milliarden Mark ausgegeben worden. In diesem Betrag sind inbegriffen die Ausgaben von 1½ Milliarden für die planmäßige Verlagerung der Industrie, soweit sie für die militärische Rüstung von Bedeutung ist, aus den von einer eventuellen feindlichen Invasion bedrohten Gebieten in das Innere Deutschlands. Diese Verlagerung der Industrie, hauptsächlich aus dem Rheinland und übrigen Westdeutschland nach Mitteldeutschland, ist unter den wirtschaftlichen Rüstungen des Reiches ein Vorgang, der sich an äußerlich sichtbaren Symptomen beobachten und verhältnismäßig leicht feststellen läßt. Ein Beispiel dafür sind die für Rüstungszwecke arbeitenden Krupp-Gruson-Werke in Magdeburg, denen eine Flugzeugfabrik von Opel angegliedert worden ist. Ein Symptom für die Konzentration eines Teiles der Rüstungsindustrie in Mitteldeutschland ist das rapide Wachstum der Stadt Dessau, deren Bevölkerung im Jahre 1934 von 73.000 auf 86.000 Einwohner gestiegen ist. Die Zunahme erklärt sich zum Teil aus der starken Ausdehnung der Flugzeugwerke von Junkers, die Anfang Oktober 10.000 Arbeiter beschäftigten;

Hitlers geheime Sorge

Hitler hat seit langer Zeit wieder eine Rede gehalten. Er hat die Gründungsfeier der NSDAP in München benutzt, um abermals das tausendjährige Reich der Nazis zu proklamieren:

»Die Parteien sind nicht mehr. Die Parlamente sind nicht mehr, die Demokratie, sie ist nicht mehr, der Parlamentarismus, er ist nicht mehr und die Presse der Parteien, sie existiert nicht mehr. Die damaligen Männer sind nicht mehr unter uns, sie setzen heute ihre Tätigkeit außerhalb Deutschlands fort. Sie haben sich nicht geändert. Man soll sich nicht einbilden, daß unsere Kraft in 25 Monaten erschöpft sei, im Gegenteil, was wir schufen, ist erst die Ankündigung dessen, was sein wird. Ich bin oft ein Prophet gewesen und will heute wieder einer sein und euch (im Ausland) sagen. Ihr kehrt niemals zurück. Wir haben die Voraussetzungen beseitigt für den Wiederbeginn des Spiels in den nächsten Jahrhunderten.«

Nichts erreicht, aber wenigstens viel ruiniert — das ist auch ein Trost. Die Liste von dem, was nicht mehr ist, ist nicht komplett: es gibt kein Naziparteiprogramm mehr, keine Brechung der Zinacknechtschaft, keinen Röhm und keinen Feder. Aber es gibt noch die »damaligen Männer« und sie haben nicht zu wirken aufgehört, so wenig, daß Hitler nicht mehr reden kann, ohne an sie zu denken!

»Ihr kehrt niemals zurück« — das ist keine Prophezeiung, das ist eine Bewusstseinsklärung der eigenen, geheimen, stetig anwachsenden Sorge. Es ist das Geständnis, daß es eine Opposition gibt, deren Wirken durch keinerlei Terror aufgehalten werden kann. Das System verhaftet und prozessiert. Die Gefängnisse sind überfüllt, die Geheime Staatspolizei kommt nicht zu Atem — aber das oppositionelle Feuer schweilt weiter!

Das System erlebt keine Freude an den Prozessen, die es gegen die illegale Opposition führt. Die Richter des Systems können auf die Verfolgten langjährige Zuchthaus- und Gefängnisstrafen niederschmettern — aber sie schaffen damit nicht die mannhafte Gesinnung, die Gesinnungstreue, die Zähigkeit und die Aufopferungsbereitschaft im Kampfe für die Freiheit aus der Welt.

Die Freiheit ist nicht mehr? Sie lebt im Herzen der zahllosen, namenlosen Kämpfer gegen das System! Sie haben die äußere Form zerbrechen können, aber nicht mehr! Die Parteien sind nicht mehr? Aber die sozialdemokratische Parteiliebe in Deutschland, nicht nur als Idee, als Bewegung, sondern auch in neu werdender organisatorischer Form. Sie wissen es genau, und kein Wüten des Terrors, keine Großmäuligkeit, keine von geheimer Sorge getragene Prophezeiung schafft die Tatsache aus der Welt.

Sie mögen sich noch so oft versichern, daß ihr Reich Jahrhunderte dauern werde, sie mögen sich noch sehr Kraft zusprechen — dahinter steht nichts als die Sorge vor der werdenden kommenden Macht!

Das System verlangt ein Saarlofer

Unbezahlte Ueberstunden der Arbeiterschaft.

Das System hat lärmende Festlichkeit für die Rückgliederung des Saargebiets veranstaltet. Nach dem Fest kommt immer der Katzenjammer. Das System hat einen Plan in Vorbereitung, der diesem Katzenjammer das rechte Ausmaß geben wird. Man hat sich entschlossen, die deutsche Arbeiterschaft zur Aufbringung der Mittel heranzuziehen, die für die Bezahlung der Saargruben an Frankreich erforderlich sind. Die Arbei-

ter sollen diese Mittel durch eine unbezahlte Ueberstunde für eine gewisse Zeit aufbringen. Die Reichsregierung wird zur gegebenen Zeit sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft wenden.

Die Arbeiter müssen zahlen — die Rüstungsindustrie verdient. Unbezahlte Ueberstunden hier — steigende Dividende dort. Das ist der Patriotismus, wie das System ihn auffaßt!

Der Krankenkassen-Skandal

Er wächst dem System über den Kopf.

Die Riesenkorruption bei den Krankenkassen beschränkt sich nicht allein auf die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin, über die wir letzthin berichtet haben. Der Skandal hat vielmehr ein solches Ausmaß erreicht, daß das System sich zu allgemeinem Eingreifen entschließen mußte.

In der vorigen Woche erhielten alle preußischen Krankenkassen eine Verfügung der preußischen Regierung, worin sie aufgefordert werden, sofort ihre Geld- und sonstigen Vermögensreserven anzugeben und sofort zwei Drittel der Reserven an die zuständigen Regierungshauptkassen abzuführen, da die Verwaltung dieser Gelder ab sofort der Staat übernehmen werde.

Man fürchtet, daß die braunen Räuber in den Verwaltungen sonst nichts mehr übrig lassen!

Eine Bilanz

Im Sachsenwerk in Niedersiedlitz bei Dresden, das stark mit Rüstungsaufträgen beschäftigt ist und in seinem Geschäftsbericht von einem guten Umsatz berichten kann, ist die Belegschaft seit dem Vorjahre nahezu verdoppelt worden. Die ausgezahlte Gesamt-Lohnsumme aber ist von 4.160.000 RM. auf 3.170.000 RM. zurückgegangen!

Der feine Besuch

Sir John Simon fährt nach Berlin

es sind aber auch von anderen Rüstungsfirmen stillgelegte Fabriken in der Umgebung von Dessau aufgekauft und in Betrieb gesetzt worden. Dieser klar am Tage liegende Vorgang wird hier wie in anderen Gegenden Mitteleuropas offiziell mit siedlungs-politischen Zwecken motiviert.

Das Blatt gibt dann eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Produktionssteigerung von namentlich angegebenen Firmen, die schwere Geschütze, Tanks, Flugzeugmotoren usw. herstellen. Als pikante Einzelheit erwähnt es die gute Beschäftigung der Emailleindustrie mit der Herstellung von Kinderspielzeug, worunter man u. a. Granaten ansieht. Ueber die wirtschaftliche Seite dieser Rüstungsausgaben werden folgende Schlußfolgerungen gezogen:

An den oben genannten 7 Milliarden Mark für wirtschaftliche Rüstungen ist als einer zuverlässigen Zahl immerhin festzuhalten. Da die Autarkiebestrebungen aufs engste mit den militärischen Erwägungen verbunden sind, gehören auch die für den Ausbau der Rohstoff- und Rohstoffersatzindustrien aufgewendeten 1½ Milliarden in diesen Zusammenhang, und mit den 3½ Milliarden für die eigentliche Arbeitsbeschaffung und einer Milliarde für die Subventionierung des Exports kommt man auf

Ausgaben von etwa 13 Milliarden Mark, die in der Hauptsache durch die Aufnahme neuer schwebender Schulden, d. h. durch Ausgabe von Wechseln finanziert wurden.

Ueber die bisherige Finanzierung werden dann noch folgende Angaben gemacht:

Wie die zur Finanzierung der riesigen Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung, die direkt oder indirekt mit den wirtschaftlichen und militärischen Rüstungen zusammenhängt, ausgegebenen Wechsel untergebracht worden sind, kann man zum Teil nur vermuten. Dabei darf man aber mit Bestimmtheit davon ausgehen, daß 80 bis 90 Prozent der bei den Banken liegenden Wechsel irgendwie mit öffentlichen Aufträgen zusammenhängen und überwiegend der Rüstung dienen. Bei der Reichsbank waren es am Jahresende 3 und 4 Milliarden Mark Wechsel, bei den siebzig größten Kreditbanken rund 2 Milliarden und bei den Großzentralen und Staatsbanken von den ausgewiesenen 2,05 Milliarden knapp 2 Milliarden. Schließlich sind die verschiedenen dem Reich gehörenden Sonderinstitute zu erwähnen, wie die Oeffa, die Bau- und Bodenbank, die Verkehrskreditbank, Rentenbankkreditanstalt, die Ende 1933 ein Kreditvolumen von 2,7 Milliarden Mark hatten, das seither natürlich bedeutend gestiegen ist. Das ergibt schon eine hohe Milliarden-summe, ohne daß bereits sämtliche Hilfsinstitute erwähnt worden wären.

Rüstungsausgaben, Ersatzstoffanlagen usw. sind aber unproduktive Ausgaben, die keinen Ertrag abwerfen, die Einfuhr steigern und die Ausfuhr verringern. Diese Art Arbeitsbeschaffung ist keine Ankurbelung der Wirtschaft: die Beschäftigung würde sofort zurückgehen, die Arbeitslosigkeit rasch steigen, sobald diese Ausgaben gedrosselt werden. Nun ist nach der Angabe des Instituts für Konjunkturforschung das Volumen der industriellen Beschäftigung seit dem Juli 1934 nicht mehr gestiegen. Die wirkliche Zunahme der Arbeitslosen beträgt in der Zeit von Anfang November bis Mitte Februar sicher nicht weniger als eine Million Menschen. Sie beruht zum Teil auf Saisonursachen, aber auch auf einer von Schacht erzwungenen Verlangsamung des Tempos der Arbeitsbeschaffung.

Hier ist die Diktatur an einem Kreuzweg angelangt.

Politisch: solange der Gang der außenpolitischen Verhandlungen ihr noch Zeit läßt, muß sie alles daran setzen, ihre Aufrüstung mit aller Macht zu beschleunigen, namentlich um das Programm der Luftrüstung für 1935 durchzuführen, das ihr die Ueberlegenheit über die vereinte französische, englische und italienische Flotte sichern soll. »Hundert Meter vor der Erreichung des Ziels« der Wiederherstellung der militärischen Souveränität, ein Ziel, an dessen Durchsetzung die Diktatur augenblicklich fest glaubt, das Rüstungstempo zu verlangsamen, dazu kann keine wirtschaftliche Erwägung die Diktatur bewegen.

Wirtschaftlich: Der Zusammenbruch der »Arbeitsschlacht« im Beginn des Dritten Jahres der Hitlerdiktatur, zu einer Zeit schwerer außenpolitischer Spannung ist für das Regime ebenfalls nicht zu ertragen.

Der englische Außenminister Sir John Simon wird am 6. März nach Berlin fahren, um mit Hitler über den Gesamtkomplex des englisch-französischen Abkommens von London zu verhandeln. Er will feststellen, wie weit in Deutschland die Bereitwilligkeit vorhanden ist, nicht nur dem Schutzpakt gegen Luftangriffe beizutreten, wozu man sich schon bereit erklärt hat, sondern auch einen Ostpakt abzuschließen, die Unabhängigkeit Oesterreichs anzuerkennen, in den Völkerbund und zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Um alle diese Fragen zu klären, sind die drei Tage, die für den englischen Ministerbesuch vorgesehen sind, eine sehr kurze Zeit.

Simons Besuch war in Berlin gewünscht worden und man hat nach Ueberwindung sehr naheliegender Bedenken diesen Wunsch erfüllt, weil man hofft, dadurch dem Frieden zu dienen. Dieses Motiv des Besuches muß man anerkennen, seine Zweckmäßigkeit darf man bezweifeln. Auch wenn irgendwelche Verträge zustande kämen, so würden sie dem gegenwärtigen deutschen Regime ebensoviel wert sein, wie z. B. die Verfassung von Weimar oder die 25 Punkte des nationalsozialisti-

schen Parteiprogramms oder der Schulschein eines ausländischen Gläubigers. Aber das Verhandeln ist dem Regime eine Lust, erstens weil man dem Volk zeigen kann, wie man umworben wird — die feinsten Leute kommen zu Besuch! — und zweitens weil das Verhandeln zur fortgesetzten Wiederaufrüstung die angenehmste Begleitmusik liefert.

Man spricht in Berlin immer wieder von Gleichberechtigung, meint damit aber etwas ganz anderes als was sonst in der Welt darunter verstanden wird: nicht die Gleichberechtigung von Volk zu Volk, sondern die international anerkannte Gesellschaftsfähigkeit der heutigen deutschen Machthaber. Das sind aber zwei ganz verschiedene Dinge. So gewiß das deutsche Volk als gleichberechtigter Partner in die Gesellschaft der Völker gehört, so wenig gehören seine gegenwärtigen Beherrscher in die Gesellschaft anständiger Menschen.

Es ist gewiß für einen Ehrenmann wie John Simon ein großes Opfer, nach Berlin zu fahren und soviel blutige Hände zu drücken, er glaubt, dieses Opfer dem Frieden bringen zu müssen. Man muß fürchten, daß es vergeblich gebracht sein wird. Denn was man auf der einen Seite durch Verhandlungen zu gewinnen hofft, verliert

man auf der andern Seite bestimmt. Jede moralische Stärkung der deutschen Despotie vermehrt die Kriegsgefahr. Nur ihre Schwächung und ihr schließlicher Sturz sichern den Frieden.

Ein Legalitätsmanöver

Die illegalen Formationen der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich haben sich freiwillig aufgelöst. Ihre Führer haben sich den Behörden gestellt, sie haben angeblich sogar die SA-Waffen ausgeliefert. Kapitulierte Hitler in Oesterreich, entsagt er seinen Expansionsplänen nach Südosten?

Es ist nichts als ein Manöver. Die aufgelösten gehen in die Reserve, an ihre Stelle werden neue geheime Organisationen aufgezo-gen. Hitler aber kann einen internationalen Legalitätsschwur able-gen. Er wird während der kommenden Verhandlungen um die Legalisierung der deutschen Rüstungen mit großer Geste darauf hinweisen, daß er Oesterreich gegenüber friedlich und freundschaftlich gesinnt sei — so friedlich, daß eine vertragmäßige Bindung völlig überflüssig sei. Es wird kein Land geben, das so friedfertig ist wie Hitlerdeutschland — solange die Verhandlungen laufen!

T. G. Masaryk

Zu seinem 85. Geburtstag.

Am 7. März wird T. G. Masaryk 85 Jahre alt. An diesem Tage wird die Tschechoslowakische Republik ihrem Staatsoberhaupt, die Kulturwelt einem der erleuchteten Geister der Zeit ihre Huldigung darbringen. Man hat Masaryk etwas elegisch den letzten Demokraten Europas genannt, das ist er gewiß nicht. Aber unter den Verteidigern der Demokratie ist er derjenige, dessen Stellung weltanschaulich am tiefsten fundiert ist. Masaryk ist der große Philosoph der Humanität. Humanität aber heißt in ihrer Anwendung auf die Außenpolitik Frieden, auf die Verfassung Demokratie, auf die Wirtschaft Sozialismus. In diesem dreifachen Sinn hat der Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik in seinem Vaterlande und weit über dessen Grenzen hinaus gewirkt. Als vornehmster Repräsentant seiner Nation ist er zugleich auch ein internationaler Wert, an dem die geistig höchststehenden Schichten aller Nationen ihren Anteil haben. Auch in Deutschland fühlt sich der beste Teil des Volkes einem Masaryk unendlich näher, als irgendeiner jener Gestalten, die augenblicklich an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Im Namen dieses großen und wahrlich nicht schlechtesten Teil des deutschen Volkes gratulieren wir dem großen Weisen auf dem Präsidentenstuhl, dem Apostel der Menschlichkeit, T. G. Masaryk, zu seinem 85. Geburtstag.

Fredlich bedeutet die Festsetzung dieser ungedeckten Ausgabenwirtschaft eine große Gefahr und die immer ausgedehntere latente Inflation kann in eine offene umschlagen. Fredlich bedeutet diese Politik eine immer stärkere Drosselung der Einfuhr lebenswichtiger Güter, um die Einfuhr des Rüstungsbedarfs aufrecht erhalten zu können. Aber für die Diktatur sind nicht Erwägungen der wirtschaftlichen Vernunft entscheidend, sondern ihre Machtinteressen. Und deswegen steht sie am Kreuzweg nicht zaudernd still. Sie geht den Weg nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, den Weg ins Wirtschafts-elend, weil es der Weg zur Macht zu sein scheint.

Versteht man jetzt den Sinn der neuen Ermächtigung? In dem offiziellen Kommentar wurde zunächst davon gesprochen, daß neue kreditpolitische Maßnahmen zur Konsolidierung der schwebenden Schulden getroffen werden sollen. Nun, der Versuch der 500-Millionen-Anleihe bei den deutschen Sparkassen hat deutlich gezeigt, daß alle solche Versuche eitel sind. Die Sparkassen haben eben ihre Schatzscheine und Arbeitsbeschaffungswechsel zur Reichsbank gebracht und mit dem dafür erhaltenen Reichsbankgeld die Anleihe gezeichnet. Es ist ein reiner Umbuchungsvorgang gewesen. Deshalb wurde die erste

Völkerrecht — überflüssig

An den ausländischen Universitäten wird von den Rechtsfakultäten ein besonderer Wert auf das Vorhandensein von guten Lehrkräften für das Völkerrecht gelegt, wie überhaupt das Völkerrecht als Fachstudium bei ihnen einen hervorragenden Platz einnimmt.

Bis zum Ausbruch des Dritten Reiches und dem dann erfolgten »Neuaufbau« galt beides auch für Deutschland. Unbestreitbar sind von Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten die wertvollsten Beiträge zur Völkerrechtswissenschaft beige-steuert worden und deutsche Völkerrechtler, wie z. B. Schücking, haben unbestritten internationalen Ruf.

In Hitler-Deutschland wird das Völkerrecht, seine Kenntnis und seine Weiterentwicklung für überflüssig gehalten. In der vor einigen Monaten erlassenen neuen Justizausbildungsordnung wird unter den Gebieten, die für das Fachstudium erforderlich sind, und auf die sich die erste juristische Staatsprüfung erstreckt, das Völkerrecht nicht genannt. Eine inzwischen erschienene »im amtlichen Auftrag erläuterte Ausgabe der neuen Justizausbildungsordnung beseitigt jeden Zweifel darüber, daß Völkerrechtskenntnis in Deutschland heute unerwünscht und für die Rechtstudierenden nicht mehr erforderlich ist. Es heißt in ihr, daß »andere Gebiete, so z. B. Kirchen- und Völkerrecht, Finanz- und Steuerrecht in der Absicht fortgelassen sind, den ohnehin stark angeschwollenen Stoff der Wissenschaft zu vermindern und den Studenten zu entlasten«.

Warum sollen sich auch die künftigen Richter und Träger der deutschen Rechtswissenschaft mit der Kenntnis und der Mit-

Erklärung, die allgemein als Ankündigung neuer Anleihen aufgefaßt wurde, rasch widerrufen. Das Ganze habe nur — formalrechtliche Bedeutung! Nicht demontiert wurde aber die andere Angabe, daß Aufwendungen für den Ausbau der deutschen Rohstoffwirtschaft entstehen werden. In der Tat bestehen ja Projekte für Neuanlagen zur Ersatzproduktion, die sich auf viele hundert Millionen belaufen, und wir haben nie daran gezweifelt, daß die Kosten für diese unproduktiven Ausgaben nicht von den Unternehmern, sondern vom Reich werden getragen werden. Aber all das ist nicht das Wesentliche. Es handelt sich in Wirklichkeit um die gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben unter Ausschaltung jeden Einblicks in ihre Finanzierung, in der Hoffnung, daß das Geheimnis, die Unterbindung jeder Kritik, dem deutschen Volke das Vertrauen weiterhin erhält, das bisher die Sparkasseneinlagen steigen, die Renten-kassen sich behaupten und die Mark im Inland ihre Geltung behalten ließ. Die Ermächtigung bedeutet deshalb nichts anderes als: die Entwicklung der deutschen Finanzpolitik von der Bilanzverschleierung zum betrügerischen Bankrott.

arbeit am Völkerrecht belasten? Die Diktatoren erkennen es ja sowieso nicht an und sehen in ihm doch nur ein Hindernis für ihre verschiedenen nach außen zielenden Pläne!

Vertrauensrat-Wahlen

Ein Parteimanöver der KPD.

In den nächsten Wochen finden in Deutschland die Wahlen der Vertrauensräte in den Betrieben statt. Das Zentralkomitee der KPD hat dem Sozialdemokratischen Parteivorstand vorgeschlagen, für diese Wahl »partitisch zusammengesetzte Komitees« zu bilden, »einheitliche Kandidatenlisten« aufzustellen, einen »gemeinsamen Aufruf« zu erlassen und gemeinsame »Betriebsversammlungen« einzuberufen.

Wer die Bedingungen des illegalen Kampfes kennt und wem es um die Sache und um den Erfolg zu tun ist, der weiß, daß hinter diesen Vorschlägen der Kommunistischen Parteileitung weder der Wille noch die Möglichkeit steht, sie durchzusetzen. Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat sie deshalb abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter ebenso wie die Mitglieder der ehemals freien Gewerkschaften in Deutschland sind sich ihrer Aufgabe bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen im Kampf gegen den Faschismus selbst vollständig bewußt.

Die Einheit der Arbeiterschaft in den Betrieben war von jeher der oberste Grundsatz und das stets verfolgte Ziel der von der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften geleiteten Erziehungsarbeit.

Eine Aufforderung zur Bildung gemeinsamer Komitees von Sozialdemokraten und Kommunisten aus Anlaß der bevorstehenden Betriebsratswahlen lehnt der Parteivorstand ebenso ab wie die Herausgabe eines gemeinsamen Aufrufs.

Sie liegen weder im Willen noch im Interesse der illegalen deutschen Arbeiterbewegung.

Vereinfachung

In einer Versammlung in Hannover kündigte der Gauwaller der Deutschen Arbeitsfront, Carius, an, daß künftig die Unternehmer als Amtswalter in die Arbeitsfront eingereiht würden. Sie sollen Kassierer der Arbeitsfront in ihren eigenen Betrieben werden.

Das übersteigt sicherlich die kühnsten gelben Unternehmerträume!

Völkische Verbundenheit

Seine Tollität Prinz Karneval, der rheinische Großfürst unbeschwerter Frohsinnstage, schwingt sein mutwilliges Szepter. Wer verstünde dieses Fest würdiger und schöner zu feiern als die Domstadt am Rhein? Die Tatsache, daß Landeshauptmann Haake die Schirmherrschaft übernommen hat... stellt das Bekenntnis zur großen völkischen Verbundenheit und zur Erkenntnis der volkstümlichen Werte des Karnevals dar... In ihm prägt sich gleichsam in einem Scherzwort der große und gewaltige Ernst aus... Aus der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.

Hinter den Göbbels-Kulissen

Weitere Presse-Instruktionen des Reichspropagandaministeriums, Anfang Februar.

„Es ist unerwünscht, daß sich die Zeitungen so viel mit Nachrichten über bevorstehende Zinskonversionen, innere Anleihen, neue Kreditschöpfung usw. beschäftigen, da hierdurch Vertrauen des Volkes zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung gefährdet wird.“

„Es wird den Redaktionen nahegelegt, über ein Verfahren gegen den Weimarer Staatstheaterintendanten Dr. Ziegler wegen Vergehens gegen § 175, StGB, möglichst nichts zu berichten.“

„Es ist unbedingt untersagt, über eine Zusammenkunft zwischen dem polnischen Außenminister und Reichswehrminister von Blomberg in einem baltischen Hafen zu berichten.“

„Die deutsche Presse möge bei dem Auftreten Pola Negris in einem polnischen Freundschaftsfilm bedenken, daß die Produktionsfirma Cine-Allianz, obwohl ihre Inhaber Dr. Rubinowicz und Preßburger Nichtarier sind, der deutschen Wirtschaft allein in den letzten Monaten ca. 2 Millionen Mark Exportdevisen zugeführt hat.“

„Es wird den Wirtschaftsredaktionen der Zeitungen zur Kenntnis gebracht, daß die deutschen Exporteure zwar keine Scrips mehr erhalten, jedoch wird ihnen bei Ablieferung der Exportdevisen der Verlust ersetzt, den sie durch die aus Exportgründen niedriger gehaltenen Preise erleiden. Diese Differenz wird ihnen bei Ablieferung der Exportdevisen und gegen entsprechenden Nachweis von der Reichsbank in bar ausbezahlt werden. Den Wirtschaftsredaktionen wird dies lediglich zur Orientierung mitgeteilt, jedoch weder zur Kommentierung noch zur Veröffentlichung.“

„Falls zu gewissen Beschwerden aus Brasilien Stellung genommen wird, ist folgendes zu sagen: Auf Grund des deutsch-brasilianischen Handelsvertrages ist der brasilianische Kaffee-Exportverpflichtet, an Deutschland Kaffee zu besonders billigen Preisen zu verkaufen. Es sei daher Deutschlands gutes Recht, diesen brasilianischen Kaffee in nordamerikanischen Häfen zu Preisen abzusetzen, die mitunter unter den Preisen liegen, die der brasilianische Kaffeehandel von seinen nordamerikanischen Kunden fordert. Deutschland müsse das Recht zugebilligt werden, seinen Außenhandel auf jede geeignete Weise zu fördern.“

„Gegenüber dem Londoner Verhandlungsangebot soll die deutsche Presse nach wie vor möglichst Zurückhaltung üben und nicht durch vorläufige Kommentare die planvollen Erwägungen der Reichsregierung stören. Hinweise auf deutsche Verhandlungsbereitschaft immer wieder erwünscht, im Vordergrund jedoch Anführung deutscher Unsicherheit angesichts bedrohlich anwachsender Wehrstärken der anderen Mächte, insbesondere Sowjetrußland. Betrachtungen über deutsche Mindestforderungen zunächst unzulässig, Erörterung dieses Punktes erst auf spätere ausdrückliche Anordnung.“

„Falls in der ausländischen Presse Nachrichten über angebliche deutsch-polnische militärische Bindungen auftauchen sollten, bezw. über angeblich bereits bestehendes deutsch-polnisches Militärabkommen auch nicht in Form eines Dementis davon Kenntnis nehmen, ehe nicht Anordnung erfolgt.“

„Es entspricht nicht den Staatsinteressen, Nachrichten über gewisse polnische Unüberlegtheiten gegenüber Angehörigen der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien mit allzu starker Betonung zu veröffentlichen, insbesondere nicht mit Kommentaren, die jedesmal kein günstiges Echo in einer gewissen polnischen Presse finden.“

„Die Handelsredaktionen werden dringend ersucht, ihre Betrachtungen

Reichsbischof Müllers Glück und Ende

Im protestantischen Kirchenstreit bahnt sich eine interessante Entwicklung an. Obwohl die Reichsregierung als auch die nationalsozialistische Partei bemühen sich, den Kirchenstreit einschlafen zu lassen und ihren Frieden mit der Opposition, d. h. mit der alten Kirchenverwaltung zu machen, die faktisch heute schon das Heft in Händen hat. Die Machtverschiebung zwischen der Opposition und dem Reichsbischof ist in den letzten Monaten soweit gegangen, daß Reichsbischof Müller organisatorisch so gut wie nichts mehr hinter sich hat und daß alle seine Bemühungen, sich neue Organe in Gestalt von Kirchensynoden etc. zu schaffen, ergebnislos geblieben sind. Bei diesen Bemühungen hat er keinerlei Unterstützung vom Reichsinnenministerium erhalten.

Der Angriff der Bekenntniskirche gilt dem Reichsbischof Müller. Das Haupt der provisorischen Verwaltung der oppositionellen Bekenntniskirche ist der Bischof Marahrens von Hannover. Dieser hat eine Art Ultimatum an den Reichsinnenminister Frick gerichtet, in dem er den Rücktritt Müllers, die staatliche Anerkennung der Verwaltung der Bekenntniskirche fordert und Reorganisationspläne unterbreitet. Daraufhin sind die Führer der »Deutschen Christen« zusammengetreten. Sie haben beschlossen, daß von einem Verbleiben Müllers im Amt nichts mehr zu erhoffen sei und daß er deshalb zurücktreten solle. Aber Müller, der sich so von seinen eigenen Leuten verlassen sieht,

will nicht zurücktreten. Er klammert sich daran, daß er nach wie vor das Vertrauen Hitlers besitze. Es geht ihm wie so manchem aus dem System, der so lange an Freundestreue und Loyalität geglaubt hat, bis er am Boden lag. Seine eigenen Leute sind skeptischer in dieser Frage — sie haben ihm achselzuckend geraten, er möge sich bei Hitler selber vergewissern, wie es mit diesem Vertrauen und mit seinem Anspruch stehe. Sie haben allen Grund zur Skepsis; denn erst vor kurzem hat Frick dem Reichsbischof mitgeteilt, daß er ihm nicht länger die im Budget für die Reichskirchenregierung vorgesehenen Gelder auszahlen könne, da diese Kirchenregierung nicht mehr auf gesetzlicher Grundlage ruhe!

Aber was ist der Sinn dieser Opferung des Reichsbischofs? Es existiert ein Brief des Reichsinnenministers Frick an den Pfarrer Hossenfelder aus dem September 1934. Hossenfelder gilt als einer der radikalen Treiber bei den »Deutschen Christen«. Diesem Mann schrieb Frick:

„Ich habe Ihnen bei unserer letzten Unterredung in Weimar ausdrücklich erklärt, daß vorläufig der gesamte Kampf für eine deutsche Nationalkirche ausschließlich auf rein kirchlichem Gebiet zu führen ist; je weniger dabei von Politik die Rede ist, um so besser.“

Die führenden Geistlichen müssen wissen, daß es heute vor allem gilt, die Massen reif zu machen für den Gedanken, der von uns angestrebten wahrhaft deut-

sehen Einheitskirche, die ihrem Wesen nach natürlich weder in Rom noch auch in Wittenberg verankert sein kann.

Es ist deshalb dem Staat im jetzigen Augenblick durchaus nicht gedient, wenn man gläubige Kreise, die ihrem Wesen nach zu uns gehören, durch ein Vorprellen über die taktische kirchenpolitische Linie hinaus kopfscheu macht.

Erst im Laufe des Jahres 1935 werden auch hier die entscheidenden Maßnahmen getroffen werden können.

Die taktische kirchenpolitische Linie von heute ist der Ausgleich mit der protestantischen Opposition — was aber werden die »entscheidenden Maßnahmen« von 1935 sein? Wollen Frick und die Seinen im Bunde mit den protestantischen Kräften auf eine deutsche Einheitskirche lossteuern, wollen sie eine allgemeine Bewegung unter der Parole: »Los von Rom« entfesseln?

Die Verhandlungen mit der Kurie über die Ausführungsbestimmungen zum Reichskonkordat haben immer noch nicht zum Abschluß geführt, dagegen sind in Bayern neue Reibungen zwischen der NSDAP. und den Katholiken, vor allem dem Kardinal Faulhaber entstanden. Der Kampf ist dort vor allem um die Bekenntnisschule geführt worden. Schule und Jugendorganisation sind aber gerade die Punkte, an die sich die katholische Kirche mit ihrer ganzen Macht klammert!

Kinder im Gefängnis

Der gute fromme Bürger soll hin- und her schlafen können — das will die Regierung mit löblichem Eifer bewirken. Aber warum soll er nicht etwas weniger schlafen?

Heinrich Heine.

In Darmstadt wurden Einbrecher bei einem Kellerdiebstahl ergriffen. Als die Polizei ihren Fang bei Licht besah, mußte sie feststellen, daß sie keine alten, gewitzten Unterweltler, sondern — Halbwüchsige vor sich hatte. Halbwüchsige, die darauf aus gewesen waren, Lebensmittel zu erbeuten. In der vergangenen Woche standen diese jungen Burschen vor dem Richter, und die deutschen Zeitungen melden zufrieden:

»Anführer war der 17jährige Erwin Müller, der vor zwei Monaten erst aus der Haft kam und jetzt wieder auf zwei Jahre ins Gefängnis wandert.«

... wieder auf zwei Jahre ins Gefängnis wandert. Wenn er herauskommt wird er neunzehn sein.

In den vierzehn »Jahren der Schmach« wurde — neben anderen unmenschlichen und verwerflichen Einrichtungen — auch ein Jugendgerichtsgesetz geschaffen. Dieses Gesetz verfügte, daß jugendliche Sünder bis zu 18 Jahren nicht mit gleichem Maß gemessen werden dürften wie erwachsene Rechtsbrecher. Sie kamen vielmehr vor den Jugendrichter, der Erfahrungen in der Jugendpflege haben mußte und der darüber entschied, ob an Stelle einer Strafe etwa Erziehungsmaßregeln ausreichend seien. Konnte von einer Strafe nicht abgesehen werden, so wurde immer das jugendliche Alter des Angeklagten in Betracht gezogen und das Strafmaß entsprechend niedrig gehalten. Wer je Gelegenheit hatte, Jugendgerichtsverhandlungen beizuwohnen, der

über Höhe und Umlauf der Arbeitsbeschaffungswechsel einzuschränken und sich an die Mitteilungen von zuständiger Stelle zu halten.“

„Die Handelsredaktionen werden dringend ersucht, mehr Berichte über die positiven Wirtschaftserfolge der neuen Staatsführung zu veröffentlichen.“

„Entgegen tendenziösen Ausstreuerungen in der Auslandspresse über die Vorgänge im Zentralgebäude der Deutschen Arbeitsfront am Engel-Ufer wird lediglich zur Kenntnisnahme mitgeteilt, daß sich ca. 1300 Betriebsangestellte der Deutschen Arbeitsfront durch die notwendige Anordnung eines Abteilungsführers provoziert fühlen und durch einige Hetzer dazu verleiten ließen, Disziplinwidrigkeiten zu begehen. Es haben die gewöhnlichen polizeilichen Maßnahmen genügt, um den Arbeitsfrieden wieder herzustellen. Die Deutsche Presse braucht sich mit diesem unerheblichen Vorkommnis nicht weiter zu beschäftigen.“

weiß, daß die Kinder in den weitaus meisten Fällen durch unglückliche Lebensbedingungen, durch Armut oder Zerrüttung der Familie, häufig auch durch Verführung auf falsche Wege getrieben wurden und daß die Gemüter der jungen Menschen selten verhärtet, daß diese Heranwachsenden gewöhnlich formbar waren. Es genügte oft der Eindruck, den die Verhandlung hinterließ, es genügte manchmal selbst in schwereren Fällen eine Strafe mit Bewährungsfrist, vor allem aber die Entfernung aus der bisherigen Umgebung, um für die Zukunft vorzubeugen.

So barbarisch verfuhr man in den viel geschmähten vierzehn Jahren. Das hat sich nun gründlich geändert. Der siebzehnjährige Lebensmitteldieb, den man in Darmstadt zu einer ungeheuer harten Strafe verurteilt hat, sitzt nun schon wieder hinter den Mauern, die er eben erst verließ. Die erste Strafe schon hat sichtlich »Erfolg« gehabt; keine acht Wochen vergingen bis zum nächsten Rechtsbruch. Wenn der heute Siebzehnjährige in zwei Jahren das Gefängnis verläßt, wird er aller Voraussicht nach der menschlichen Gesellschaft, in die er zurückkehrt, noch verständnisloser, ja feindseliger gegenüberstehen. Vielleicht stellt er's dann vornehmer an, vielleicht findet er im Gefängnis genug Ältere, erfahrenere Kriminallehrer, die seine Erziehung vollenden. Es kann auch sein, daß er aufs neue ertappt wird, aufs neue ins Gefängnis wandern und endlich als »gefährlicher, unverbesserlicher Gewohnheitsverbrecher« in Sicherungsverwahrung genommen wird. Dann ist ein Leben beendet, das noch gar nicht begonnen hatte, dann wird das Gefängnisurteil, das jetzt in Darmstadt gefällt wurde, sich nachträglich als — Todesurteil erweisen, denn wer als »unverbesserliche« zum Abfall geworfen wird, ist für die Gesellschaft, ist für die sogenannten ehrbaren Staatsbürger tot. Auf alle Zeit.

Was bedeutet dieser Seelenmord an einem siebzehnjährigen Kinde? Wem wird mit einer solchen Art »Rechtsprechung« geholfen? Dem Verurteilten nicht, denn Gefängnis, vor allem die nach barbarischen Prinzipien geleiteten Gefängnisse des Dritten Reiches, sind keine Erziehungs-, sind einzig und allein Folterstätten, Abschreckung? Es hat sich herausgestellt, daß die Anzahl der Vergehen mit Milde oder Schärfe der Strafgesetzgebung recht wenig zu tun hat, daß in Ländern mit modernem, humanem Strafrecht die Kurve der Verbrechen keineswegs steigt, daß sie bei strenger Handhabung barbarischer Gesetze keineswegs fällt. Aber selbst wenn ein Regime der Abschreckungstheorie anhängt — ist es nötig, sie an siebzehnjährigen Opfern zu demonstrieren? Muß man gerade Kinder dazu mißbrauchen, um anderen Hungern die Gefährlichkeit von Lebensmitteldiebstählen vor Augen zu führen?

Bleibt die Vergeltung. Der junge Rechtsbrecher hat keinen Menschen hinterrücks erschlagen — wie viele »Vorkämpfer« des Dritten Reiches, die heute als Helden geehrt wer-

den —, er hat keine ihm anvertrauten Armen-gelder unterschlagen — wie unzählige gut-besoldete Hakenkreuzbeamte, die heute noch auf ihrem Posten sitzen —, er hat versucht, sich mit unerlaubten Mitteln gegen den Hunger zu wehren. Dafür wird nun »Vergeltung« geübt, dafür rächt sich eine Gesellschaft, die bisher keinen Weg gefunden hat, die heranwachsende Jugend menschenwürdig zu nähren und zu kleiden. Nein — das ist keine Vergeltung, das ist blanke Barbarei, ist mörderischer Sadismus.

Das Darmstädter Urteil, so hart es ist, steht durchaus nicht allein. Es entspricht den neuen Strafmethoden, die auch gegen jugendliche jederzeit angewandt werden. Hitler hat unlängst in einer Rede gesagt:

»Die Parteien sind nicht mehr. Die Parlamente sind nicht mehr, die Demokratie ist nicht mehr...«

Er hätte hinzufügen können: Die Rechtsprechung ist nicht mehr. An ihre Stelle ist legalisierte Menschenquälerei getreten.

Zwei Meldungen . . .

I.

... In der Beilage »Köln am Sonntag« ... bringen Sie einige Ausführungen, die sich mit dem Film »Ich für dich, du für mich« befassen. Sie nehmen Anstoß daran, daß der Film Stellen enthält, die für das Gewissen des katholischen Erziehers schwer erträglich sein sollen ... Es ist ... eine starke Anmaßung, aus Spiel und Dialog eines Films, der von den staatlichen Stellen als jugendfrei erklärt wurde und die höchste Auszeichnung »staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll« erhalten hat, Schäden für die heranwachsende Jugend herleiten zu wollen. ... Heil Hitler!“

Aus einem Brief der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Abteilung Film, an die Kölner Katholische Kirchenzeitung.

II.

„Der Reichsunterrichtsminister hat angeordnet, daß der Film »Ich für dich, du für mich« in den Schulen nicht mehr vorgeführt werden darf. Der Besuch des Films wurde den Schülern untersagt.“

Aus der Frankfurter Zeitung.

In Schutzhaft . . .

Hessische Zeitungen melden:

»Die beiden ehemaligen höheren Kasseler Polizeibeamten, Polizeipräsident a. D. Schöbny und Polizeioberst a. D. Schulz hielten sich seit einigen Tagen in Kassel auf. Sie wurden auf der Straße erkannt, worauf sich erregte Ansammlungen bildeten. Ein Polizeibeamter, der eingreifen wollte, war der Menge gegenüber machtlos und wurde abgedrängt. Die beiden Beamten wurden in Schutzhaft genommen, wo sie zur Zeit ohne ernstliche Verletzungen sitzen.«

»Ohne ernstliche Verletzungen« — bisser könnte kein Todfeind des Regimes diese sorgfältig einstudierte Mordaktion charakterisieren!

Die Strafe als Fundament der Diktatur

Gestützt auf erpreßte Kundgebungen möchte der totale Staat der Welt vorspiegeln, von der Zustimmung der Regierten getragen zu sein. Der Schwindel entlarvt sich selber: Je mehr innere Sympathie ein Staatswesen in der Bevölkerung genießt, desto leichter kann es auf Zwang und Strafe verzichten. Noch nie aber ist das System der Strafen ruckartig so erweitert worden wie in Hitlers nationalsozialistischem Staat.

Untersucht man den Gebietszuwachs des Strafrechts unter Hitler, so muß man vor allem beachten, daß neben dem amtlichen und kontrollierten Strafrecht, obwohl es allein schon an Umfang und Auswirkung erheblich zugenommen hat, noch ein mindestens ebenso umfangreiches inoffizielles Strafrecht in den verschiedensten Abstufungen besteht. Das inoffizielle Strafrecht hat u. a. eine erhebliche Anzahl jener mittelalterlichen Strafmethoden für sich usurpiert, die der offizielle Staat aus Prestigegründen einzuführen sich scheut: Prangerstecken, Folter, Marterung, Prügel usw.

Die bekannteste inoffizielle Straftat, keineswegs die einzige, ist das Konzentrationslager. Sie kann durch die berüchtigten barbarischen Behandlungsmethoden weit über die Schrecken aller offiziellen Strafen gesteigert werden. Im normalen Zuchthausbetrieb treten geistige Störungen bei den Inhaftierten erst nach vielen Jahren Haft auf. Im KZ werden Menschen oft in ein paar Wochen oder Monaten in den Wahnsinn getrieben.

Ein gerichtlich verurteilter Mensch hat tatsächlich unter den heutigen »Rechtszuständen« ein erträglicheres Los als der dem inoffiziellen Strafrecht Ausgelieferte.

Im inoffiziellen Strafrecht hat man die Spitze der Strafenpyramide, die Todesstrafe, durch die Hinrichtungsart des Hängens noch weiter zugespitzt. Alle Stockwerke, zumal die oberen, sind erheblich ausgebaut worden. Dazu kommt ein System von erglänzenden »Sicherungsmaßnahmen«, die praktisch nichts als Strafverschärfungen sind. Wir nennen die Kastration, mit der das mittelalterliche Verstümmelungssystem wieder Eingang ins Strafrecht gefunden hat, die Sterilisation, die unbegrenzte — bis lebenslängliche — Sicherungsverwahrung usw. Dazu kommt als weitere, sehr fühlbare Strafverschärfung die Verschlechterung des Strafvollzugs durch Beschränkung aller leiblichen und geistigen Notdurft auf das eben noch Aushaltbare. Die immense Vervielfältigung der Strafen für »politische« Delikte braucht hier nur gestreift zu werden. Immerhin ist sehr beachtenswert, daß eine Reihe von Handlungen, die selbst unter dem absoluten Königtum gestattet waren, das Üben von Kritik usw. im Dritten Reich bei schweren Freiheitsstrafen verboten sind.

Das inoffizielle Strafrecht durchzieht fast alle Sphären des Daseins. Der Arbeitsdienstler z. B. steht unter einer Reihe von Disziplinarstrafvorschriften, die ihm Lohn, Ausgang, Urlaub, Freiheit usw. entziehen können. In schwereren Fällen wird er in ein Konzentrationslager abgeschoben, wo das Damoklesschwert noch viel grausamerer Disziplinarstrafen (Auspeitschen, Dunkelarrest usw.) über ihm hängt.

Doch ist das nur ein kleiner Ausschnitt des inoffiziellen Strafrechts. Es gibt ein besonderes gegen die bevorrechtigte Schicht. Um in ihr eiserne Disziplin zu halten, gleichzeitig aber auch, um jeden unerwünschten Eingriff ziviler Gerichtsbehörden auszuschließen, unterstehen SA und SS eigener »Gerichtsbarkheit«, deren Ausdehnungsfähigkeit der 30. Juni 1934 gezeigt hat. Das zivile Parteimitglied ist von der »Uchla« bedroht, deren Spruch ihn die bevorrechtigte Stellung und alle damit verbundenen Vorteile kosten kann.

Da im totalen Staat jede Stellung, jeder simple Arbeitsplatz zu einem Privilegium geworden ist, so rückt die Möglichkeit ihrer Entziehung auch die wirtschaftliche Existenz in den Bereich des inoffiziellen Strafrechts. Die »Sozialen Ehrengerichter«, mit denen Ley das Proletariat bedacht hat, bedeuten praktisch nichts anderes als die Unterstellung des gesamten Arbeitsverhältnisses unter besondere strafrechtliche Aufsicht. Die Abschneidung der Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu betätigen, ist zu einer sehr verbreiteten Strafmethodik geworden.

Das Wesentlichste des inoffiziellen Strafrechts ist seine gänzliche Unkontrollierbarkeit. Niemand weiß genau, wie weit die Verbote, wie weit die Vorschriften,

wie weit die Strafen gehen. Er soll es auch gar nicht wissen! Die Angst vor nichtabzusehenden Folgen soll ihn auch von den zahllosen und einwandfreiesten Regungen von Selbständigkeit abhalten. Nach dem Grundsatz »sicher ist sicher« soll er alles unterlassen, was ihn auch nur von ferne in Unannehmlichkeiten bringen könnte.

Besonders deutlich zeigt sich der erpresserische Charakter der unbestimmten Strafordnungen, die über jedermanns Hauptes schweben, bei den »freiwilligen« Sammlungen und Spenden. — »Wieviel muß ich mindestens geben, damit mir nichts passiert?« Nach diesem Maßstab bestimmen sich die Höhen der Spenden.

Im ganzen läßt sich sagen: Ein ähnlich lückenloses und engmaschiges Strafsystem wie das des Dritten Reiches hat die Weltgeschichte noch nicht gekannt. Es kombiniert fast alle Strafarten des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit, ohne auf eine einzige zu verzichten. Es hat fast alle Körperschaften in seinen Dienst gestellt: Tötung in verschiedenen Stufen der Grausamkeit, Verstümmelung, Züchtigung, Folterung. Der Freiheitsstrafe hat es eine der antiken Sklaverei nahe kommende Methode, das Konzentrationslager, beigelegt. Es hat die Geld- und Wirtschaftsstrafen zum Entzug jeder wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit gesteigert. Es hat jede Aufse-

nung gegen den Kadavergehorsam eines in allen Sphären militarisierten Daseins zum straffälligen Verbrechen gestempelt.

Kein Zweifel: Dieses raffinierte, ins Unendliche gesteigerte Strafsystem erzeugt Furcht und löst Folgsamkeit der Eingeschüchterten aus. Äußerlich gesehen funktioniert es tadellos. Trotzdem führt es zu einer gewaltigen Selbsttäuschung der Regierenden: Der Mensch, der aus Furcht vor Strafe einen Diebstahl unterläßt, und der andere, der aus innerem Anstand nicht stehlen kann, tun, bzw. unterlassen äußerlich scheinbar genau das gleiche, innerlich tun sie etwas Grundverschiedenes. Furcht vor Strafe erzwingt ein bestimmtes tatsächliches Verhalten, nie ein sittliches Handeln. Gegen alle Sklavhalter und Fronvögte sind wir auch heute noch des festen Glaubens, daß alle menschliche Kultur von sittlichem Handeln, nicht von erzwungenem Verhalten erzeugt worden ist und auch in Zukunft erzeugt werden wird. Jedes System, das sich mit erzwungenem Verhalten begnügen zu können, verfällt dem Kulturtod. Die Angst vor Strafe duckt die Geduckten noch tiefer, läßt Begabten ein Verbleiben in der anonymen Masse rätlicher als die Entfaltung ihres Könnens erscheinen. Aber noch nie hat die Furcht vor Strafe eine große Leistung, eine kulturelle Tat ausgelöst! Justinian.

Um den letzten Abonnenten!

Die tote Presse soll erschlagen werden — Qualität ist verwerflich

Es hat im Dritten Reich wiederum ein »Feldzug« eingesetzt. Diesmal geht's mit gezücktem Säbel gegen die sogenannte bürgerliche Presse — die es in Wahrheit gar nicht mehr gibt. Die deutschen »bürgerlichen« Blätter unterscheiden sich von den andern hauptsächlich nur dadurch, daß sie keinem nationalsozialistischen Verlage gehören und daß ihre Einnahmen deshalb nicht in die Taschen des herrschenden Klüngels fließen. Nun rechnen die parteioffiziellen Verleger so: wir machen Defizit, und die bürgerlichen machen auch Defizit. Wären wir allein auf weiter Flur, so bliebe uns vielleicht ein netter Ueber-schuß. Damit ist auch schon die Parole gegeben: die Reste der Nicht-Parteiblätter müssen verschwinden.

Die erste Werbewoche liegt bereits hinter den deutschen Zeitungslesern. Ein Trommelfeuer ist auf sie niedergegangen, das selbst ihre abgestumpften Nerven in Aufruhr brachte. Zu der üblichen Behauptung, daß jeder gute Deutsche einzig und allein nationalsozialistische Parteiblätter lesen wolle, solle und dürfe, gesellten sich unverhüllte Drohungen, die etwa besagten, die Leser der bürgerlichen Presse seien erkannt und nur eine baldige Umstellung könne sie vor größten Unannehmlichkeiten bewahren.

Der »Völkische Beobachter« druckte am 8. Februar einen Aufsatz des Präsidenten der Reichspressekammer, Max Amann, der den futternidischen Naziverlegern kräftig die Stange hielt. Amann erklärte, es gebe noch immer zu viele Zeitungen, es müsse endlich abgebaut werden. Verlagshäuser, die sich von »geschäftlich-konjunkturellen Erwägungen« leiten lassen, seien auszuschalten. Es wird eine neue Säuberungsaktion unter den Journalisten und Redakteuren angekündigt. Nur echte Nationalsozialisten, die Gesinnung über das Prinzip der Leistung und Qualität stellen, seien berufen, durch das Instrument der Presse den Volkswillen zu beeinflussen. — Die Journalisten werden sich also bemühen müssen, noch linientreuer zu sein und ein noch schlechteres Deutsch zu schreiben, wenn sie nicht brotlos werden wollen.

In Magdeburg behauptete der Kreisleiter in einer — von SS besonders reichlich »geschützten« — Volksversammlung, die bürgerliche Presse fordere die nationalsozialistischen Zeitungen ungestraft mit Provokationen heraus und trage durch liberalistische Methoden ständlich Verwirrung und Unruhe in die Öffentlichkeit. Den Lesern, die andrer als die offiziellen Parteiblätter lesen, stellte der Redner in aller Form das Zeugnis politischer Unzuverlässigkeit aus. Und die parteioffizielle »Westfälische Landeszeitung« gar, die von der »Hattinger Zeitung«, einem gleichgeschalteten Kleinbürgerblatt, gerichtlich belangt wurde, wandte sich mit einer drohenden öffentlichen Erklärung gegen die Konkurrenz, die es wage, zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung eine nationalsozialistische

Gauzeitung, also einen Teil der Bewegung, zu verklagen.

Man sieht — das Gemetzel ist in vollem Gange. Und aus seiner Heftigkeit läßt sich vor allem eines erkennen: wie klein die Weidegebiete geworden sind, wie erheblich der Kreis deutscher Zeitungsleser seit dem März 1933 zusammengeschumpft ist. Der lärmende Feldzug, der eben erst begonnen hat und wohl viele Wochen lang weiter toben wird, krankt übrigens an einer grundverkehrten Planung. Selbst wenn ein sogenannter Sieg errungen würde, selbst wenn alle »bürgerlichen« Blätter von der Bildfläche verschwänden, wäre dem deutschen Zeitungswesen finanziell nicht geholfen. Die letzten Leser der bürgerlichen Blätter würden das tun, was aber tausend Arbeiterleser ihnen vorgemacht haben: sie würden gar keine Zeitung mehr halten und sich die nötigen Informationen anderwärts — z. B. durch den Funk, im Kaffeehaus oder durch Entlehnung des Parteiblattes vom Nachbarn — verschaffen. Der Sieg des Futterneides hätte also nur die Folge, daß wiederum viele tausend Arbeiter und Angestellte im Reich, die bisher bei gleichgeschalteten Zeitungen arbeiteten, brotlos würden.

Wiedersehen in Spanien

Ein Land in Gärung.

Der Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«, Fritz Wahl, hat ein kleines Büchlein über Spanien herausgebracht, bei dessen Studium man oft nicht weiß, ob von Deutschland oder von Spanien die Rede ist. Dieser Repräsentant eines großkapitalistischen Zeitungsunternehmens läßt in seinem Büchlein einen Haß auf den spanischen Großgrundbesitz zum Durchbruch kommen, der so urwüchsig ist, daß er unbedingt aus dem deutschen Erleben stammen muß. Vieles liest sich so sympathisch, daß man es zweimal liest. Zum Beispiel dies:

»Manche Herren haben ihre Güter, die sie nach Laune bestellen oder nicht bestellen, nie gesehen. Aber sie denken nicht daran, auch nur einen Fußbreit abzutreten, selbst nicht einmal gegen Entschädigung. Höchstens wenn sie ganz überschuldet sind, bieten sie dem Institut für Agrarreform heruntergewirtschafteten Besitz zu einem Preise an, den sie im freien Verkauf niemals zu fordern wagen. ...«

Die von der Republik angestrebte Agrarreform wurde von den Feudalen rücksichtslos sabotiert. Wahl verbreitet sich darüber recht ausführlich und fährt fort:

»Die spanische Agrarwirtschaft schleppt sich trotz mancher auf Erneuerung gerichteten Anstrengungen mit der Rückständigkeit von Jahrhunderten hin. Noch wird das, was an Gelegenheiten zur wirtschaftlichen

und sozialen Neuordnung der Agrarverhältnisse verpaßt wurde, viel zu leicht genommen. Es kann geschehen, daß sich das aus Kurzsichtigkeit und Schwäche Versäumte an Staat und Gesellschaft noch einmal bitter rächt.«

Auch die Mantilla, die die Wahl der spanischen Bourgeoisie zurechtschneidert, paßt der deutschen wie angegossen.

»Die spanischen Wirtschaftskreise sind zwar für Subventionen, aber nicht für gute Ratschläge des Staates empfänglich. Sie rufen bei jeder Gelegenheit nach seiner Protektion, verbitten sich aber seine Einmischung in ihre Angelegenheiten. Man befürchtet von jedem Eingreifen des Staates eine Lahmlegung der privaten Initiative ...«

Interessant ist auch ein »Futterkrippe- oder Volksstaat?« überschriebenes Kapitel. Und wie bekannt klingt uns der Abschnitt »Gesetze auf dem Papier«:

»Die Arbeiterschaft nimmt dieses plötzlich erwachte Interesse an ihrem Schicksal und das Werben um ihr Vertrauen kühl und mißtraulich auf. Denn jene Bestrebungen fallen mit Reaktionserscheinungen zusammen, die sich immer heftiger gegen die wenigen sozialen Errungenschaften der Republik wenden. ... In dem Moment, da der veränderte Regierungskurs dem Druck der Reaktion nachgab, wurde auch die Sozialgesetzgebung wieder, was sie früher schon gewesen war, — Papier. ... In den Arbeitermassen schwillt der Geist der Unbarmherzigkeit bedrohlich an. Die Arbeitgeber kehren vielfach nun erst recht einen überalterten Herrenstandpunkt heraus, setzen sich über Vorschriften der sozialen Gesetzgebung hinweg und rebellieren gegen behördliche Anordnungen. Bürgerliche Blätter, auch einschichtige Organe des Großkapitals, müssen immer wieder einzelne Kreise des Unternehmertums zur Ordnung rufen und ihnen vorhalten, wie sehr sie mit ihrem üblichen Beispiel die soziale Ordnung untergraben helfen.«

So können wir in der eindeutigen Weise die Geschichte der bürgerlichen Revolution einerseits und den Sieg der deutschen Reaktion andererseits sehr schön in dieser durch und durch »liberalistischen« und daher sympathischen Broschüre nachlesen.

Wie famos dieser Mann, obwohl in Spanien lebend, die deutsche Geschichte bis zur Gegenwart geschildert hat. Und obendrein kommt nicht einmal der Name Adolf Hitler vor. Das Ganze heißt: Spanien, ein Land in Gärung. Und selbst das stimmt!

Hamsterei und Teuerung

Die »Steigerung« der Einzelhandelsumsätze

Nach den Angaben der Forschungsstelle für den Handel betragen die Umsätze im deutschen Einzelhandel im Jahre 1934 insgesamt 23.75 Milliarden Reichsmark. Im Jahre 1933 hatten sie nur die Höhe von 21.2 Milliarden RM. erreicht. Die Steigerung beträgt demnach gegenüber dem Vorjahre 12 Prozent.

Daß aber diese Steigerung der Einzelhandelsumsätze nicht auf eine Steigerung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten zurückgeht, wird klar, wenn man den Anteil der einzelnen Branchen des Einzelhandels an der Vermehrung der Umsätze betrachtet. Da hat z. B. der Umsatz an Automobilen eine Steigerung von 45 Prozent erfahren, während die Uhren- und Juwelengeschäfte ihren Umsatz um 21 Prozent erhöht haben.

Es kommen hier ebenso wie bei der Umsatzsteigerung im Textileinzelhandel, die im Jahresdurchschnitt 17 Prozent beträgt, die Hamsterkäufe zum Ausdruck. In der Textilbranche wird das noch dadurch deutlicher, daß die Zahl der Kunden nach der Statistik nur um etwa 4 Prozent gestiegen ist. Außerdem lag in den Monaten, in denen die Hamsterei am stärksten in Erscheinung trat, die Umsätze für Textilien bis zu 37 Prozent höher als im Vorjahr!

Die Branchen des Einzelhandels, die Nahrungsmittel, Schuhwaren und Drogen verkaufen, weisen nach den Angaben die günstigste Entwicklung auf. Ihre Umsätze sind gegenüber 1933 nur um 5 Prozent gestiegen. Sie haben damit wertmäßig kaum die Höhe von 1932 erreicht. Mengemäßig aber liegen sie sogar noch darunter, da die Steigerung im wesentlichen auf die 1934 fortgeschrittene Teuerung zurückgeht.

Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß, obwohl angeblich die Löhne und Gehälter seit 1932 nicht gesunken und die Arbeitslosigkeit gegenüber 1932 um mehr als 3 Millionen Personen geringer sein soll, an Lebensmitteln, Schuhwaren usw. im Jahre 1934 weniger konsumiert worden ist als 1932.

Diese Schlußfolgerungen werden vollständig bestätigt durch die tatsächlichen Lebensverhältnisse breiter Volksschichten im Hitler-Deutschland.

Ein Arbeiter erzählt

Die nachstehende Schilderung gibt gedrängt, aber sachgetreu wieder, was ein Arbeiter aus einer mitteldeutschen Armaturenfabrik berichtet.

Vor dem März 1933 hatten wir in unserer rund 500 Mann starken Belegschaft einen einzigen NSBO-Mann. Er ist heute noch der einzige im Betrieb, der die rote Mitgliedskarte hat; kein einziger mit dieser Karte des »alten NSBO-Kämpfers« ist hinzugekommen. Dieser eine aber sagt: »Na, habe ich nicht recht behalten? Ihr habt mich damals ausgelacht. Ich aber habe gewußt, was ich tat. Und darauf kannst Du Dich verlassen: Wenn wieder mal was anderes kommt, weiß ich auch wieder Wind!«

Das ist der »alte Kämpfer«, dem es nur auf eins ankommt: auf seinen Vorteil. Man muß scharf auf ihn aufpassen. In einemfort holt er einem Werkzeug vom Arbeitsplatz weg, bald dieses, bald jenes Stück. Er hat es dann in seinem Kasten; zurück bekommt man es nicht. Er streitet einfach ab, es gebort zu haben. Was will man machen? Er ist Zellenwalter.

Natürlich haben wir eine Betriebszelle. Aber trotz starkem Druck ist nur die Hälfte der Belegschaft der NSBO beigetreten. Einige der neuen NSBO-Mitglieder sind heute tüchtig mit dem Maule vorneweg — wir nennen sie »die Hundertfünfzigprozentigen«. Vor denen muß man sich vorsehen. Aber sonst — es wird viel gemeckert und geschimpft und unter vier Augen wird politisiert. Gegrißt wird kaum noch nach Vorschrift. Morgens hört man zehnmal »Mojn!«, ehe man einmal »Heil Hitler!« hört. Manche heben den Arm halb und grüßen »Mojn!«. Manche tippen an die Mütze und sagen »... tr!«. Das soll »Heil Hitler!« heißen. Es hört sich ulkig an, wenn so einer nach dem andern kommt: »... tr! — Mojn! — Mojn! — ... tr!«

Als die Betriebszelle gegründet wurde, hatte die NSBO einen Redner geschickt. Er hat natürlich mächtig auf das »System«, auf die Marxisten und die »Bonzen« geschimpft. »Ich werde Euch die Sterne vom Himmel holen!« hat er geschrien. Nun — dann hat man sie ihm selber runtergeholt — wegen Unterschlagung. 20.000 Mark. Gelder der Arbeitsfront. Es ist ihm aber ganz gut bekommen; heute ist er Zellenwalter in einem Staatsbetrieb!

Die Betriebszelle hat den üblichen Aufbau. Betriebsführer sind die Chefs. Nach ihnen kommt der Betriebsgemeinschaftswalter. Ihm unterstehen die Zellenwalter. Und die haben die Blockwalter unter sich. Die jetzigen Blockwalter entstammen fast alle dem früheren Funktionärkörper der Gewerkschaft; es sind wieder dieselben Leute, die die Arbeit machen. Nach dem Umsturz sind verschiedene aus der Belegschaft verhaftet worden, frühere SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre, Reichsbannerleute, auch zwei Kommunisten. Sie alle sind daheim aus den Betten geholt worden. Nur einmal kam ein SA-Trupp auch in den Betrieb. Mein Kollege neben mir sah durchs Fenster, wie sie unten vorfahren. »Sieh mal runter!«, sagte er — »jetzt holen sie einen!«. Ein paar Minuten später kam der Chef mit den SA-Leuten in den Saal und sagte zu eben diesem Kollegen: »Herr X... es tut mir leid — aber Sie müssen sich fertig machen.« Mein Kollege wurde weiß wie eine Wand, sah mich an und sagte: »Geh Du zu meiner Frau — sage ihr: Ich hab's getan. Mein Lieber — das war ein Abend — den werde ich nie vergessen! Der Mann ist lange im Konzentrationslager gewesen — jetzt ist er wieder bei uns im Betrieb. Auch die anderen sind fast alle wieder da, auch einige der früheren Betriebsräte. Die Chefs haben sie wieder hereingenommen — es sind tüchtige Arbeiter. Die Chefs sind sicher nicht hundertprozentig für das Regime. Wo es ihnen als Unternehmer Vorteile bringt, nehmen sie die Gelegenheit natürlich gründlich wahr, aber sonst machen sie das Theater nur so mit. Und heute wird unsere Bude schon wieder »der rote Bau« genannt — wegen uns, den Arbeitern.

Das einzige, was sich wirklich geändert hat, sind die Löhne! Der Stundenlohn ist gesunken, die Akkordsätze sind gedrückt worden. Früher gingen wir mit 60 und 70 Mark wöchentlich nach Hause, jetzt mit 30 Mark! »Unter Hermann Müller habe

ich am meisten verdient.« Das sagt ein Kollege, der im Vertrauensrat sitzt und Ortsgruppenleiter der »Fachschaft Metall« ist. Er ist Nationalsozialist und bildet sich immer noch ein, daß Hitler für die Arbeiter »es schaffen« wird. »Wir müssen zusammenhalten!« sagt er bei jeder Gelegenheit. Ueber seinem Arbeitsplatz hat er ein Bild hängen, das er aus einer Zeitschrift ausgeschnitten hat: zwei Hände, die fest ineinander liegen. So stellt er sich das vor: Zusammenhalten — gegen die Unternehmer. Er will Geld sehen — Lohn in die Hand! Die Chefs wissen das, und deshalb wird er jetzt von ihnen so schräg angesehen wie früher die Betriebsräte. Bei einer Vertrauensratsbesprechung hat ihn der Chef gesagt: »Wissen Sie, Herr N. — was sie da sagen, das sind rein marxistische Gedankengänge!« N. erzählt das den Kollegen, und grimmig fügt er hinzu: »Wir müssen zusammenhalten!« Aber er ist Nationalsozialist. Vielleicht wird er noch geschickt.

Das sah man beim »Kameradschaftsabend« für den Betrieb. Es gab Kaffee und Kuchen und für jeden zwei Glas Bier. Die Betriebsführer saßen mit undurchdringlichen Mienen dabei und studierten ihre Arbeiter. Und manchmal klopfen sie einem leutselig auf die Schulter. »Das war fein!« schwärmten die Dummen. Sie haben keinerlei Rechte mehr — aber sie bekommen vom Chef zwei Glas Bier geschenkt! Da freut sich der ewige Knecht.

Ähnlich war es zu Weihnachten. Wir mußten die Arbeitsplätze mit Tannenreis schmücken. Das Bild des »Führers«, tannenreisumkränzt, wurde aufgehängt. Ein Weihnachtsbaum stand im Arbeitssaal. Der Betriebsführer hielt eine Ansprache, ganz kurz. Betriebsverbundenheit und so. »Stille Nacht, heilige Nacht« wurde gesungen und zum Schluß das Horst-Wessel-Lied — zur Weihnachtsfeier! Jeder bekam eine Flasche Wein und eine Wurst. »Das gabs früher nicht!« frohlockten die Dummen.

Sie bekamen zur Antwort: »Rechne Dir aus, was Du früher als Stundenlohn hattest und was Du jetzt hast. Rechne es Dir fürs Jahr aus und rechne das auf die ganze Belegschaft um — dann wirst Du wissen, wie viel Pullen Wein und wie viel Würste der Unternehmer kaufen kann für solche Dummköpfe wie Du, ohne daß er die Ausgabe merkt!«

Gesammelt wird in einem fort. Es ist Aufgabe der Blockwalter, die Spenden einzusammeln. Viele geben nichts. Ein Kollege in meinem Block hat noch nicht einen einzigen Groschen gegeben. Er sagt: »Ich war 19 Wochen in Schutzhaft — das genügt mir.« Und dabei bleibt er.

Für die Winterhilfe hat man es dann freilich anders gemacht. Es sollten 20 Prozent der Lohnsteuer abgegeben werden. Natürlich »freiwillig!« Die Blockwalter bekamen Listen und wurden instruiert: »Volksgemeinschaft... der Betrieb einmütig...« Viele zeichneten nichts. Zu denen gingen dann die Zellenwalter. Und wer dann noch auf der Liste fehlte, den nahm sich der Betriebsgemeinschaftswalter vor. Er sagte ihnen: »Sie müssen sich ja auch mal vorstellen, wie es wäre, wenn Sie selber die Arbeit verlieren würden!«

Der Wink wurde verstanden. Zuletzt fehlten noch vier. Nun zeichneten sie alle. Freiwillig! Auch der mit 19 Wochen Schutzhaft — was sollen sie machen! Am nächsten Tage hing ein Anschlag am Brett: »Wir können der Belegschaft die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Betrieb einmütig... ein schönes Beispiel... unseren Dank. Heil Hitler!«

Nicht so einmütig haben die Unternehmer die geplanten Betriebsappelle begrüßt. Bisher kamen die Herren um neun, halb zehn angelauscht, und nun sollten sie um sieben Uhr früh diesen Kaleika exerzieren? Wie beim Kommis: »Blockwalter A. meldet, Saal B... Zellenwalter C meldet...« Es ist nichts daraus geworden. Nun soll wohl einmal im Monat ein feierlicher Betriebsappel abgehalten werden. Aber nicht früh, sondern nach Feierabend. Die Arbeiter sind sehr gespannt darauf. Sie hoffen nämlich, daß dabei auch gesungen wird. Und zwar: Der Betriebsführer singt: »Gold und Silber hält' ich gern...!« Die Angestellten singen: »Ein freies Leben führen wir...!« Und die Arbeiter singen: »Was frag' ich viel nach Geld und Gut...!«

Manfred.

Gute Schulbildung — tadelloser Leumund

Das Nazi-Gaubleit »Bayerische Ostmark« veröffentlicht in seiner Nr. 17 vom 21. Januar, daß die Postagentur in Seib-Pfößberg »möglichst bald wieder neu vergeben werden soll«. Wer kommt als Bewerber in Betracht? Nach dem Naziblatt:

»In erster Linie geeignete ortsansässige Kriegsbeschädigte, die eine gute Schulbildung haben, sich eines tadellosen Leumundes erfreuen, in guten und geordneten Vermögensverhältnissen leben und die Achtung und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen.«

Selbst der größte Nörgler sollte danach zugeben müssen, daß im Dritten Reich Unbescholtenheit und Intelligenz allein die notwendigen Voraussetzungen zur Bekleidung selbst der kleinsten öffentlichen Funktion sind. Aber das Nörgeln und Spotten scheint bei den »glücklichen« Bewohnern des Dritten Reiches zur chronischen Krankheit geworden zu sein. Gerade dieses Ausschreiben hat es der Bevölkerung im Seib-Bezirk, und weit darüber hinaus, angetan. Die ungläubigen Arbeiter, Bauern und Geschäftsleute von Seib und Umgebung kennen nämlich den noch amtierenden »Chef« dieser Postagentur, der als ehemaliger Schaukelbursche durch seine 17 Vorstrafen den 100prozentigen Befähigungsnachweis zu einem vielseitigen Amtswalter im Dritten Reich erbracht hat. Dieser Postagenturinhaber — Schenk ist sein Name — war vor dem Hitlerumsturz noch einfacher Fabrikarbeiter in der Porzellanfabrik Rosenthal. Dort hat er Porzellan gestohlen und wurde kurz vor der Errichtung des Dritten Reiches vom Direktor der Rosenthalfabrik entlassen. Dann kam Hitlers Idealreich und der Naziführer Schenk hat den gleichen Fabrikdirektor, der ihm kurz zuvor wegen Diebstahl aus dem Betriebe hinauswarf, als Gefolgschaftsführer vor versammelter Belegschaft der Rosenthalfabrik verpflichtet. Betriebsleitung und Belegschaft von Rosenthal waren bei diesem feierlichen Akt einer Meinung über das Gewaltige, das die neue Zeit mit sich gebracht habe.

Nazibonze Schenk wurde zum Bürgermeister von Seib-Pfößberg ernannt. Alle Interventionen aus Bürger-, Bauern- und Beamtenkreisen, ihnen doch diese Schmach nicht anzutun, scheiterten an der sturen Haltung der Nazikreisleitung von Seib. Schenk war das älteste Parteilmitglied von Seib-Pfößberg und darum zum Bürgermeister der Gemeinde geeignet. Und damit Schenk alles im Nazi-geiste dirigiere, gab man ihm noch die Postagentur.

Die vorgesetzte Stelle der Deutschen Reichspost hat aber in langwierigen Bemühungen der Nazileitung doch begreiflich gemacht, daß sie Postdienststellen unterhalten müsse, aber nicht Wärmestuben für Parteilbuchbeamte. Zudem auch für die Reichspost unerlässlich ist, daß ihre Angestellten wenigstens das Geldzählen richtig lernen. Hier soll sich Schenk besonders schwer getan haben. Und deshalb wird nun die Stelle neu vergeben. Bürgermeister von Seib-Pfößberg bleibt weiter dieses älteste Parteilmitglied Schenk.

Die Leute aber raunen sich zu, daß der Fall Schenk nicht das schlimmste ist, daß Schenk ja nur einer von den Kleinen ist und ihm deshalb die Postagentur abgenommen werden konnte.

Deutscher Fasching 1935



Grober Unfug

Vor dem Stuttgarter Amtsgericht ist ein Mann wegen groben Unfugs (§ 360, Ziff. 11, StGB) zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einer Gastwirtschaft während der Uebertragung des Horst-Wessel- und des Deutschlandliedes »trotz Aufforderung« auf seinem Stuhle sitzen blieb.

In den deutschen Gesetzen kenne sich einer aus! Der Staatsbürger darf — wie es in München Sitte ist — vor den Wohnungen katholischer Priester pfeifen, fluchen und spucken. Der Staatsbürger darf Gottesdienste aller Bekenntnisse stören. Der Staatsbürger darf — wie es in Frankfurt a. M. geschah — aus Konkurrenzgründen und ohne obrigkeitliche Zustimmung SA-Wachen vor jüdischen Geschäften aufstellen, um die Kunden fernzuhalten. Der Staatsbürger darf nicht sitzen bleiben, wenn andere aufstehen, er darf den Arm nicht unten lassen, wenn andere ihn hochheben. Es gibt also einen groben und einen staatlich genehmigten Unfug, der auch grob ist und sein darf. Bestraft wird nur der erste.

Deutsche Hühner an die Front!

Der Dresdner Anzeiger berichtet über eine Deutsche Rassegeflügelschau 1935 in Essen, wo »der Ehrenpräsident der Reichsfachgruppe Schachzabel die größte aller bisherigen Schauen eröffnete.«

Der Anzeiger versteht seinen Bericht mit der stolzen Überschrift »Deutsches Rassegeflügel führt« und schwärmt:

»Weltkongreß 1933, Reichsschau 1934, Deutsche Rassegeflügelschau 1935: drei Etappen des Sieges, drei ungeahnte Erfolge, die nur eine einmütige Züchtergemeinschaft hervorbringen konnte. Die deutschen Rassegeflügelzüchter haben seit ihren großen Erfolgen in Rom weitergearbeitet und stellen erneut unter Beweis, daß die deutsche Rassegeflügelzucht ihre führende Stellung in der Welt weiter behauptet.«

Es ist doch ein Glück für die Hühner, daß sie nicht lachen können — sie würden sich totlachen.

Politischer Karneval

In einem Flugblatt von gleichgeschalteten Heilkundigen heißt es gegen die Schulmedizin:

»Die Schöpfer der modernen medizinischen Wissenschaft Rudolf Virchow, Robert Koch, Paul Ehrlich, Emil von Behring, Neisser und Wassermann waren alle vom gleichen Geist beseelt, nämlich vom jüdischen... denn alle ihre Lehren gipfelten darin, dem deutschen Blut irgendeinen artfremden, giftigen Stoff... zuzuführen.«

Das Gemeinste aber ist, daß die so infizierten Leute auch wirklich gesund worden sind!

Die Zukunft

Gebrochenes Recht und gebogenes Recht, das ist Herrenrecht und Gesetz.

Was sie tun, das ist gut, was ihr tut, das ist schlecht.

Ein Befehl ist Befehl, Ein Befehl ist gerecht.

Wie könnt ihr die Freiheit lieben —

Die Wahrheit ist falsch und die Falschheit ist wahr

und das Leben ist schwarzweißrot — braun. Was ihr sagt, das ist Lüge, was sie sagen, ist klar.

Nur Schweigen ist sicher und Reden Gefahr.

Wie könnt ihr die Wahrheit lieben —

Jede Lüge erlöschet, jede Drohung verbrennt, in der ewig hinrollenden Zeit.

Wer den Tag dann nicht liebt, wer die Sonne nicht kennt,

wer den Weg dann nicht weiß, wer die Straßen nicht nennt,

den wird die Zukunft nicht lieben!

Kurt Doberer.

Neue Romane

»Ich erzähle euch ein Märchen, das kein Märchen ist, sondern Wirklichkeit...« So beginnt der tschechische Schriftsteller Johann Petrus den Lebensroman Masaryks, jetzt in deutscher Übersetzung von Friedrich Goldmann erschienen im Nordböhmischen Verlag, Reichenberg. Das Buch ist für die Jugend bestimmt, heißt »Von der Pike auf« und bringt damit den Werdegang des tschechischen Staatsgründers auf die kür-

Im Februarheft des »Deutschen Volkstums« wagt endlich einmal ein Mitarbeiter, an der Mädchenschule des Dritten Reiches recht deutliche Kritik zu üben. Er gibt — allerdings in vorsichtiger, blumiger Schreibweise — zu verstehen, der Phrasen seien nun genug gedreht, man müsse sich endlich so oder so entscheiden. Entweder die Frau gehöre ins Haus, dann solle man ihr eine Schul-, eine Allgemeinbildung überhaupt nicht angedeihen lassen, oder sie stehe gleichwertig neben dem Mann, dann müsse man ihr auch das Waffenhandwerk erschließen. Wörtlich heißt es:

»Das uns aufgegebene Entweder-Oder ist in dem Augenblick gestellt, in dem das sechsjährige Mädchen Hand und Schutz der Mutter verliert, um dafür die Volksschule einzutauschen. Hier begegnet es zum ersten Mal einer typisch männlichen Ordnung... Das Mädchen, das durch die Volksschule auf den Weg der Männer gesetzt wird, endet notwendigerweise in der Mannschaft. Der Volksschule folgt die höhere Schule und der höheren Schule die Hochschule. So erschließt sich eine männliche Form nach der andern, und es wird sich den Frauen auch die letzte männliche Daseinsweise erschließen: der kriegerische Kampf auf Leben und Tod.«

Der Autor selbst enthält sich geistlich der Stimme. Kinderzimmer oder Kaserne, Beschränkung der Frau auf's Haus oder männlich-soldatische Schulung — alle Zwischenstufen erklärt er für Halbwelt, die Wahl zwischen den beiden Extremen überläßt er dem Führer. In keinem Falle habe die berufstätige Frau einen Anspruch auf männlichen Schutz, sie solle sich selbst verteidigen. Die im »mütterlich geordneten Raum« verbleibende Frau indes müsse auf jede geistig-abstrakte Bildung verzichten, um sich auf das Kind und nur auf das Kind zu konzentrieren.

»Ist es noch fraglich, daß die angemessene Ordnung erst da an ihrem äußersten Zipfel angepackt wird, wo man das sechsjährige Mädchen von der Volksschule erlöst? Das dem Frauengeschlecht bei uns vorgestellte Ziel ist das mütterliche Herdgehöge. Geburt, Aufzucht und Gesundheit des jungen Lebens machen den Inhalt des »Reiches der Frau« aus. Ihm gehört an — fern der Volksschule und ihren Disziplinen — die schulmäßige Aufzucht des Mädchens für seine Ordnung... Auch die Tätigkeit der Kinderärztin braucht z. B. weder Universalität noch theoretisches Wissen usw. voraussetzen. Statt dessen aber praktisches Vermögen.«

Uebrigens befindet sich nach Meinung des Autors eine Kinderärztin schon im »Grenzgebiet« der Frauenschaft. Ob die Wesen in den Grenzgebieten aber noch als Frau anzusprechen sind, ob man ihnen nicht vielmehr den Verzicht auf Liebe und Mutterschaft anbefehlen sollte, erscheint dem Schreiber durchaus erwägenswert. Er meint:

zeste Formel. Von Jugend auf leuchtete über dem Haupte dieses Proletariatskindes der immer gleiche Stern: Dienst an der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit — und bestimmt unentrinnbar all die Kämpfe, in die Masaryk verwickelt wurde. Mit nachtwandlerischer Sicherheit geht er seinen Weg, wird sich auch dort nicht untreu, wo beträchtliche Teile seiner Nation in die Irre streben und gegen ihn stehen. Die nationalen Forderungen seines Volkes waren die der Menschlichkeit und da er ihnen während des Krieges daheim nicht mehr dienen kann, geht er ins Exil. Als der Emigrant Masaryk einer Versammlung in Frankreich mittelt, daß er soeben von der österreichischen Regierung wegen Landesverrats zum Tode verurteilt worden sei und die Zuhörer fragt: »Soll ich in das Land der Barbaren zurückkehren und mich aufhängen lassen, um diesen Wilden deutlich zu zeigen, daß ich imstande bin, für meine Ideen das Leben darzubringen«, — da antwortet die ganze Versammlung mit Nein!

Man darf sagen, daß erst durch Masaryks vierjähriges zähes Wirken in der Emigration die Unabhängigkeit seiner Nation durchgesetzt wurde. Nicht jeder allerdings erntet so wie er den Erfolg eines langen Kampfes noch am späten Abend seines Lebens; selten auch ist das Dasein eines Staatsmannes so gradlinig, so logisch und so ohne falsches Pathos verlaufen. Und man kann eine Nation glücklich preisen, die in den Wahnsinnsbrandungen der Gegenwart einen solchen Repräsentanten europäischen Geistes und kämpferischen Vernunftdenkens an ihrer Spitze hat.

*

Kind oder Maschinengewehr?

Warum gehen Mädchen in die Schule? — Warum werden sie nicht Soldat?

»Es wäre der Weisheit der Staatsmänner anheimzugeben, Frauen in solch exponierten Tätigkeitsgebieten der Frauenordnung auf ein zölibatäres Leben zu verpflichten.«

Folge man den hier gegebenen Rezepten, so sei die »viel berufene Berufsnot und die Berufskonkurrenz der Geschlechter beendet.«

»Aber es ist nicht anzunehmen, daß die den kriegerisch-kameradschaftlichen Formen nachgebildeten Frauen- und Mädchenorganisationen gerade diesem Ziele zu marschieren.«

Das ist ungefähr der Inhalt des Aufsatzes. Wichtiges steht zwischen den Zeilen. Müßte der Autor sich nicht vor dem Zensor fürchten, er schrieb etwa:

Ich finde mich nicht mehr herein. In den offiziellen Parteitexten steht zu lesen, die Frau gehöre in's Haus und nirgend anders hin. In den gleichfalls offiziellen Frauenversammlungen von »Kraft durch Freude« wird gesagt, niemand wolle die Frauen aus ihren Berufen verdrängen. In Wirklichkeit werden immer mehr Frauen aus Fabriken, Kontoren, Schulämtern, Behörden, wissenschaftlichen Arbeitsstätten hinausgeworfen. In Propagandaschriften und Werbefilmen des Dritten Reiches erscheint die Frau als züchtiges Weib, das wie Werthers Lottchen den Brotlab um's Herz drückt und Stullen für die Kinderchen schneidet — draußen auf der Straße marschieren die Hitlermädelchen in ihren braunen Kletterwesten unter militärischen Marschklangen vorbei, heimlich machen sie sogar Schießübungen, und in den Arbeitsdienstlagern exerzieren sie wie weiland Friedrichs des Großen lange Kerls. Was soll sich da der Bürger des Dritten Reiches denken? Hier muß der Führer Ordnung machen. Entweder Kinderklapper oder Maschinengewehr — aber dieses Durcheinander muß endlich mal aufhören. Zum Donnerwetter!

Und nicht nur der Mitarbeiter des »Deutschen Volkstums« ist dieser Meinung. Auch die Frauen, vor allem die sogenannten nationalen Frauen mit geistigen Ansprüchen werden immer unruhiger und immer erbooster. »Wohl auf keinem Gebiete«, heißt es im letzten Heft der »Deutschen Kämpferin«, »ist gegenwärtig die Begriffsverwirrung erschütternder und tiefergehend als auf dem der sogenannten Frauenfrage, die in Wahrheit die Volksfrage ist.«

Hier irrt die »Kämpferin«. Die Begriffsverwirrung ist auf den meisten Gebieten gleichermaßen erschütternd, die Begriffsverwirrung ist geradezu ein Kennzeichen der deutschen Diktatur und wird erst mit dieser Diktatur verschwinden. Von dieser Begriffsverwirrung gibt ja auch der oben zitierte Aufsatz hinlänglich Zeugnis. Jedem denkenden Menschen ist es

klar, daß zwischen Kasernenhof und Kinderzimmer für die Frau ein unendlich weites Arbeitsfeld liegt, daß die Frau durchaus das »mütterliche Gehege« verlassen kann, ohne in die »Mannschaft«, ohne in ein unweiblich-soldatisches Dasein einzutreten. Allerdings läßt sich leicht begreifen, wie der Autor zu seinem Fehlentscheid kam. Die nicht-militärische Zone wird im Dritten Reich immer kleiner. Wissenschaft, Fürsorge, Gütererzeugung — ja selbst die »schönen Künste« werden nach und nach soldatischen, kriegerischen Erwägungen unterworfen. Damit verengert sich das Gebiet weiblicher Mitarbeit von selbst, denn im Waffenhandwerk kann und will die Frau mit dem Manne nicht konkurrieren — trotz Kletterweste und braunen Mädchendrill. So werden wir es vielleicht wirklich erleben, daß im Dritten Reich an die Stelle der Mädchenschule wieder eine Art — erweiterter — Spinnstube tritt. Werden dann die »nationalen« Frauen mit dem Reich zufrieden sein, das ohne ihren Stimmzettel nie zustande gekommen wäre? Wir zweifeln.

Um Göring

Aus Anlaß des »Staatsbesuches«, den Göring am 10. Februar der Stadt Dresden anstaltete, hatte man die (übrigens noch unter dem »alten System« erbaute) große Wagenhalle des Straßenbahnhofes Waltherstraße in Dresden-Friedrichstadt als Festhalle hergerichtet. Das Gros der Teilnehmer an dieser Feier in der »Halle der 24.000« bestand aus kommandierten Mannschaften der Polizei, Post, Straßenbahn, Feuerwehr usw. Als Göring das sah, fragte er den neben ihm sitzenden Oberbürgermeister Zörner verdrossen: »Was soll denn die Feuerwehr hier?«

Auch für die entsprechenden Vertretungen aus den Betrieben war gesorgt worden. Und nun fragt man in Dresden, warum die Feier gerade in der Straßenbahnwagenhalle abgehalten worden sei. Antwort: Wegen der »Anhängere«.

Ein Apparat tagt

Die deutschen Zeitungen melden:

»Vom 8. bis zum 10. Februar fand in Weimar die Tagung des agrarpolitischen Apparates der NSDAP statt.«

Anderwärts tagen Menschen, tagen Gruppen und Verbände, in Deutschland tagt — ein Apparat. Er wird vor der Tagung aufgezogen, schnurrt während der Tagung in vorbestimmter Weise ab, und wartet nach der Tagung auf weitere Befehle. Wehe, wenn einmal der Schlüssel verloren geht — dann steht das ganze Werk still.

Mitten unter die revolutionären Studenten Toldos führt uns Hartens Buch, zu den Arbeitern in den Munitionsfabriken, die sich für eine Handvoll Reis die Seele aus dem Leibe werken, zu den Textilarbeiterinnen, die an die Maschinen geschmiedet sind, bis sie entkräftet zusammenbrechen. Viele begehren auf — in unklarem Drang noch manche, aber doch schon ahnend, wo der Feind steht. Brüderlich fechten sie gemeinsamen Kampf. Tausende aber lassen sich auch vom Rüstungsfieber ihres Landes anstecken, werden von den patriotischen Fanfarenklängen gepackt. Eine fremde Sonne steht über diesem Kampf, buntfarbige Kimonos der Geishas schweben durch die Zellen, leuchtende Sonnenschirme, Kirschblüten, Licht, das durch papierene Zimmerwände fällt, dumpf zitternde Gongschläge, blaue Wolken der Rauchopfer — aber nicht abseits liegt das seltsame Land, nicht in einem andern Jahrhundert leben seine Menschen. Schläge, die sie treffen, treffen uns, und der wankende Bau unsrer Weltordnung wird, wenn er stürzt, auch ihre Herrscher und Herren, auch ihre Götter und Götzendienen begraben.

*

Eine Heimkehrertragödie erzählt Karel Capek in seinem Roman »Hordubale« (Büchergilde Gutenberg, deutsch von Otto Pick). Ein Amerikafahrer kehrt, etwas Ersparnis in der Tasche, nach acht Jahren in sein slowakisches Dorf zurück. Aber die Frau hat einen jungen Knecht genommen, fremd ist ihr der Mann geworden, kein Ausweg wird sichtbar. Das Ende ist ein Kriminalfall: der Knecht hat den Bauer ermordet. Ein einfacher Stoff, aber blutvoll-

Das Schwein von Königsbrück

Beliebt ist der Spendezwang für die Winterhilfe drüben nicht, das weiß jeder, die Geber so gut wie die Nehmer. NSV. — das bedeutet: »Nationalsozialistische Volkswohlfahrt«. Die Leute aber zeigen auf ein Rändchen des Daumnagels und sagen: »NSV. — nicht so viel!«

Sie wissen auch warum. Das Geld verschwindet immer wieder, ehe es zu denen kommen kann, für die es gegeben wird. Erst jetzt wieder sind in Dresden-Striesen fünf nationalsozialistische »Vertrauensleute«, darunter der Ortsgruppenleiter, wegen Unterschlagung von Winterhilfsgeldern verhaftet worden. Ganz regelmäßig erscheinen Notizen über Verhaftungen wegen solcher Unterschlagungen sogar in den Zeitungen, wobei wahrscheinlich die schlimmsten Fälle verschwiegen werden, um die Leute nicht kopfschmerz zu machen. Einiges aber muß man zugeben, denn es spricht sich ja doch herum, daß für sorgen schon die »Meckerer«, und so muß man den Anschein erwecken, als würde »durchgegriffen«.

Auch Pakete werden gesammelt. Bisher wurden sie einfach stadtteil- und straßenweise an den Wohnungstüren in Empfang genommen, ohne daß die Spender notiert wurden. Das hatte Genossen in einem Dredner Stadtteil auf einen guten Gedanken gebracht. Es gab dieser und jener irgend ein eingepacktes Wäschestück oder sonst etwas als Spende her. Vorher aber hatte er illegale Literatur hineingepackt. So half die Winterhilfe um Weihnachten herum sehr wirksam und eifrig das marxistische Gift verbreiten. Dann aber ist die Sache ruchbar geworden, und seitdem werden bei solchen Sammlungen und Pakete gleich vor der Wohnungstür und im Beisein des Spenders durchgesehen.

Einen besonderen Spaß hat sich ein Bauer in einem Dorfe bei Königsbrück in der Dredener Gegend geleistet. Der hundertprozentig gleichgeschaltete Dredner Anzeiger hat den Fall berichtet, natürlich empört und als abschreckendes Beispiel. Der Bauer hatte die Winterhilfssammelstelle mitgeteilt, daß er bereit sei, für die Winterhilfe ein Schwein zu stiften. Bald fuhr auch ein geräumiger Wagen vor dem Gehöft des Bauern vor, um das Schwein abzuholen. Der Bauer hielt Wort und brachte — ein Meerschweinchen! Mit dem Erfolg, so berichtet der Anzeiger, daß der Bauer gleich auf demselben Wagen mitgenommen und dann ins Konzentrationslager Sachsenburg gebracht wurde. Dem Bauern freilich wird der Spaß teuer zu stehen kommen. Aber bei allem Mitleid mit ihm — die Lacher hat er doch auf seiner Seite. Und derer sind mehr, als sich der Dredner Anzeiger träumen ließ. Sonst hätte er wahrscheinlich die Geschichte lieber gar nicht erzählt. Manfred.

knapp erzählt und voll dramatischer Spannung. Der harte Kampf des kleinen Bauern um sein bißchen Existenz, sein zähes langsames Denken und slowakisches Leben bestimmen die erdharfte Farbe des Buches. Ein Konstruktionsfehler scheint uns zu sein, daß dieser Hordubal trotz acht Jahre Amerika derselbe Bauer blieb, als er ging und seine Frau weder zur Rede stellen, noch zum Reden bringen kann. B. Br.

Ein neues »Konkordate«

Im Dezemberheft der »Europäischen Revue« richtet Herr Hans Friedrich Blunck, Präsident der »Reichsschrifttumskammer« eine »Rede an die Jugend der Westländer«. Er stellt zunächst die Behandlung der jüdischen Deutschen als berechtigt und die Mißhandlung jüdischer Deutschen als erklärlich dar; in diesem Zusammenhang kommt die Wendung vor, »Gesamtverlust unserer jüdischen Mitbürger in Deutschland, zuzüglich eine schriftstellerische Erinnerung an Berichte von Kriegschauplätzen 1914—1918. Und er spricht von Bemühungen des deutschen Schrifttums zwischen der jüdischen Bevölkerung und der Regierung ein »Konkordate« zu erzielen, Bemühungen, die immer wieder durch Emigranten gestört werden.

Ein Konkordate! Konkordate kennen wir bisher in Deutschland mit der katholischen Kirche als Abmachungen über einen religiösen Bezirk des Lebens und seine Gestaltung im Staat. Angehörige der katholischen Kirche sind aber vollberechtigte Staatsbürger, theoretisch geschützt gegen Beschimpfung in deutsch geschriebenen Zeitungen, Zeitschriften.

Der »Führer« hat die Berliner Aristokratinnen Benita von Berg-Falkenhayn und Renate von Natzmer durch den hochnotpeinlichen Ritus der Straffjustiz des Dritten Reiches, — also durch Handbeil, Hackklotz und Henker in weißen Handschuhen hinrichten lassen, weil sie in die Spionageaffäre des polnischen Obersten Sosnowski verwickelt waren. Der Herr Oberst Sosnowski, der Haupttäter und eigentliche Verbrechenanstifter und Nutznießer (die Frauen waren ja nur, auch wenn man ihnen das Böseste zutraut, mißbrauchte Opfer dieses »Patrioten«) hat »nur« lebenslängliches Zuchthaus erhalten. Davon wird er aber kaum mehr als ein paar Wochen verbüßen. Der Gentleman wird nach Warschau »ausgetauscht« werden. Damit ist für den Kavaller eine prickelnde Episode seines Erdenwallens mit einigem Anstand zu Ende gegangen! Seine deutschen Gretchen aus bestem Haus sind unterdessen verscharrt. Der »Gerechtigkeit«, nehmt alles nur in allem, wäre also wieder einmal Gefüge getan.

Ein Spionageprozeß klassischer Prägung war das! Bis auf die verschämte Geheimnistuerei, die nichts mehr scheut als das Licht und das Mitwissen des Bürgersmannes. Solche Prozesse, die alles mit der Staatsraison, nichts mit einer auch nur mit Gänsefüßchen einherstolzierenden Gerechtigkeit zu tun haben, hat die Welt in allen Ländern mit dem Sosnowskis sicherlich nicht den ersten erlebt. Im verpreußten, militaristischen Deutschland nur, mit seiner besonderen Form gewalttätiger Staatszweckbestimmung und verkrampten Patriotismus, hatten sie freilich immer ihre ganz besondere Form. Früher war bei uns das Reichsgericht — der vierte Strafsenat — das Tribunal für diese staats-exzessive Kasuistik. Heute hat das sogenannte Volkgericht seine Rolle übernommen.

Wie gesagt — es war der vierte Strafsenat des Reichsgerichts zu Leipzig, der vor dem Krieg — und noch nach ihm bis zu Hitler, obschon er in der Republik oft nicht ganz so konnte, als er wohl immer gewollt hätte, — die Spionage roch. Die Richter in roten Talaren am breiten Tisch-Halbrund, Flatterhärte knistern über dicken Aktenbündel; hinter Brillengläsern tränen müde und gleichgültig Juristenaugen. Drüber hängt der Kruzifixus. Der Herr Oberreichsanwalt trommelt mit dem Bleistift den Radezkymarsch auf der Sessellehne, während sein Amtgehilfe für den Staat — keine Person, sondern irgend einen in jedem Falle grausamen Begriff — plädiert. Da geht es um Tod oder Leben, um qualvoll physische und seelische Vernichtung im Sarg der Zuchthauszelle oder um goldene Freiheit — aber die Menschen, die an der Szene beteiligt sind — die Beschuldigten ausgenommen — sind nicht viel leidenschaftlicher, wie bei einer Aufsichtsratsitzung, in der über die Dividenden beraten wird.

Man muß Spionage-Prozesse sozusagen

ten, in dem Unterricht deutscher Schulen. Ueber welche Fragen sollen die deutschen Juden ein Konkordate abschließen? Ueber religiöse Fragen ist das offenbar unnötig, da keine Streitpunkte da sind. Ein Konkordate über deutsche schriftliche Erzeugnisse wie die Auslassungen des »Stürmers«, die Wiedergabe der Reden des Herrn Walter Grohé vor der Hitlerjugend, den Umfragen an Kinder, wie sie über die Juden denken und der kindlichen Antworten aus dem nationalsozialistischen Katechismus, könnte vielleicht im Interesse menschlicher Würde und des deutschen Ansehens liegen, dürfte aber über die Macht des Herrn Hans Friedrich Blunck hinausgehen. Auch ein Konkordate über die Wiederzulassung all derjenigen Angehörigen der Presse, die ihre Kollegen aus den Presseverbänden hinausjagten oder hinausjagen ließen, trotzdem sie viele von ihnen heimlich ihre Hochachtung versicherten und ihnen im Dunklen die Hand drückten, auch das scheint kaum im Bereich des Möglichen zu liegen. Was möchte also Herr Hans Friedrich Blunck? Soll eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unvermeidliche Vertretung der jüdischen Deutschen ihre Zustimmung zur geistlichen Ausgliederung der Juden in Deutschland geben? Das eine ist gewiß, jeder Versuch, die jüdischen Deutschen auch noch mit ihrer Zustimmung auszugliedern, wird solange von ihrem Willen und ihrer Leistung, von ihrem Leben und ihrer Verbundenheit Lügen gestraft werden, bis die Schranken fallen mit allen Schranken der Freiheit.

Ein Wort noch zur Rechtfertigung der Behandlung der jüdischen Deutschen, die Herr

Unter dem roten Talare!

Deutsche Spionage-Prozesse — einst und jetzt!

»an der Quelle« erlebt haben, um zu wissen, bis zu welchem Grade der Schändung Paragrafen hier mißbraucht werden können. Das Ungeheuer Staatszweck laßt sich hier an rituellen Sprüchlein und unter Abgesang aller Weisheit der Brahmanen... Klassenjustiz?! Wie naiv-unschuldig sind auch ihre schlimmsten Auswüchse unter irgend einem kleinen Assessor Wehrhahn gegen jenes forensische Szenarium, wo der Moloch Patriotismus und das Ungeheuer nationaler Egoismus irgend ein Menschenfutter verlangt!

Da war — wir erinnern uns noch genau — kurz vor dem Krieg der Prozeß gegen einen armseligen italienischen Gipsfigurenhändler vor dem Spionage-Senat des Reichsgerichts, der mit seinem Handkorb voll von gegossenen Amouretten und Bismarcks irgendwo an der damaligen preußisch-russischen Grenze, bei Gumbinnen, tagsüber gute Geschäfte gemacht hatte und abends in einer Kneipe, in der auch die Unteroffiziere eines in der nahen Stadt garnisonierenden Dragonerregimentes verkehrten, ein Teil dieses seines Tageserlöses Gambinus geopfert hatte. Der Italiener (und Bundesgenosse im selbigen entschlagenen Dreibund!) war schließlich, in allgemeiner Besoffenheit, mit an den Tisch der Hopliten geraten. Um Mitternacht offenbart ihm auf dem Pissoir ein Unteroffizier, mit dem er gerade Brüderschaft getrunken hat, daß er kein Geld habe, um die Zeche zu bezahlen, und er will den Händler um fünf Mark anpumpen. Aber der ist ein Geschäftsmann sozusagen, kein Krieger: Er will das Geld geben, aber nur gegen ein Pfand. Bekommt er auch: der Unteroffizier schnallt seinen Dienstrevolver ab: Morgen will er die Waffe in der Kneipe wieder abholen und das Geld mitbringen. Aber am andern morgen früh um sechs ist Schwadronsauffahrt. Wer keinen Revolver hat, ist der Unteroffizier. Erzählt er die Geschichte nun dem Rittmeister, wie sie sich wirklich verhält, ist ein halbes Jahr Dunkelkahn mindestens fällig. Ein Soldat, der seine Waffe versauert... Die Idee rettet allein, daß ihm die Waffe von einem »verdächtigen Individuum«, das sich in sein Vertrauen eingeschlichen hat, unter grobem Mißbrauch dieses Vertrauens abgeluxt worden ist! Der Italiener wird verhaftet. Der Armeevater war in seinem Besitz. Seine ganze hundertprozentige Ahnungslosigkeit, seine bedauernde Unbeholfenheit im Deutschen, die Versicherung, daß er doch vor allem auch »schöne Bismarcks« an die traute deutsche Familie verkaufe, hilft ihm nichts. Auch nicht, daß der Armeevater irgend ein achtziger Jahrgang war und daß jedes Konversationslexikon viel bessere und modernere Waffen der gleichen Sorte in Text und Bild haargenau vorführt. Jetzt, nach einem halben Jahr Untersuchungshaft, vor dem Reichsgericht! Im Gerichtsvestibül ist die Belastungszeugenschaft angetreten: die Dragoner-Unteroffiziere im Ordonnanzanzug.

Der Rittmeister instruiert sie nochmals mit markiger Stimme, wie sie drinnen, bei den »Zivilisten«, auszusagen haben, damit die Ehre der Schwadron nicht leidet. Ergebnis: Acht Jahre Zuchthaus für den Italiener. Als er abgeführt wird, sieht's man ihm deutlich an: Er hat gar nicht verstanden, wie ihm geschehen. Und er wird's in den acht Jahren Zuchthaus auch nicht in einer einzigen Viertelstunde fassen!

Vierzehn Tage darauf wieder der vierte Strafsenat! Wieder derselbe Vorsitzende mit dem Silberbart. Wieder ein Spionagefall — und dieses Mal ein ganz großer! Dieses Mal kam der fremde Späher geschickt von dem ehrenwerten »Vetter« drüben, aus dem nebeligen London. Kein Gipsfigurenhändler! Engländer Hochadel! Hat in Indien und Südafrika gestanden als Kavalleriestabsoffizier! War mit seiner Motorjacht nach Kiel gesteuert und hatte alles von oben bis unten und von unten bis oben photographiert. Da fehlte kein Detail an allem Wichtigem: an Geschützständen, Munitionsschuppen, Minenabsperrvorrichtungen im Hafen. Die Platten lagen sämtlich, ein großer Haufen, vor dem Sessel des Vorsitzenden. Der Lord leugnet auch gar nicht, meint sogar im Verlaufe der Verhandlung, noch bevor die Öffentlichkeit im Interesse der Staatssicherheit ausgeschlossen wird: daß er sehr stolz auf das sei, was er getan habe; das sei seine vaterländische Pflicht als Engländer und er würde die Tat wiederholen, und dann mit besserem Erfolge, wenn er es könne. Nein, das war wirklich kein Gipsfigurenhändler, kein verdächtiges Subjekt, sondern ein »Patriot«. Schade — aber nur von anderer Couleur als der des Vorsitzenden. Aber grade darum weiß der auch, was sich hier gehört! Höflich sein rotes Barret lüftend beginnt er: »Good morning, Sir! How do you do?« Es heißt zwar in der deutschen Gerichtsverfassung, die insbesondere für das höchste Gericht eigentlich Geltung hätte, daß die Gerichtssprache deutsch sei. Aber wer wird sich an solchen Kinkerlitzchen in einem Falle wie diesem stoßen?! Ergebnis hier: Fünf Jahre Ehrenhaft, abzubüßen in einer preußischen Festung. Nach einem halben Jahr begnadigt Majestät den Gentleman-Spion, wie ihn die Presse nannte. Das sind so die Spionage-Prozesse! Im Falle Sosnowski hatte Herr Hitler — übrigens auch Staatsraison, wenn auch nur die seines Dritten Reiches — wieder einmal die beste Gelegenheit, dem deutschen Lumpenproletariat zu zeigen, welch wackerer Mann er ist, der eben auch »ganz oben« zupackt... Etwa dieselbe Situation im Kleinen wie am 30. Juni; der »Führer« nutzt sie wacker und was liegt schon an dem Leben von ein paar adeliger Flippchen! Jetzt Krawutke, Bürger des Dritten Reiches, zu Babucke, ebenfalls mit dieser Würde behaftet: »Siehste wohl, der Hitler is doch knorke; der kooft sich och die Jrossen!« Herr Hitler aber wieder tut nichts, was die Reichswehr nicht billigt... F. E. Roth.

Hans Friedrich Blunck versucht. Er erwähnt die »Beteiligung unserer jüdischen Mitbürger an Korruptionsfällen«. Jeder Korruptionsfall ist ohne jede Einschränkung hart zu verurteilen. Fehlt es etwa außerhalb des Antisemitismus an Gesetzen oder an öffentlicher Meinung gegen Korruption? Vor einer Kollektivhaftung, wie sie hier versucht ist, sollte jeder, der dem heutigen offiziellen Deutschland seine Stimme leiht, peinlichste Angst haben!

Deutsche Dichter — wohlfeil

»Welt und Haus«, eine in Leipzig erscheinende illustrierte Familienzeitung, rät in ihrem Briefkasten einem Autogrammsammler, den Dichter Knut Hamsun in Ruhe zu lassen und ihn nicht um eine Unterschrift anzubetteln. Er werde genugsam belästigt. Anschließend darin wird bemerkt:

»Es gibt übrigens genug deutsche Dichter, die gern Autogramme abgeben, wenn die betreffenden Sammler ihnen eins ihrer Bücher zum Einzeichnen vorlegen.«

Sie geben nicht nur gern Autogramme, die neudeutschen Dichter, es gehört sogar zu den schönsten Tagen ihres Daseins, wenn sie um ein Zeichen ihrer Huld angegangen werden. Falls aber die Bewunderer gar noch ein Buch von ihnen erstehen, sind sie zu jeder Dienstleistung gern bereit. Es passiert ihnen nur zu selten.

Das schlechte Gedächtnis

Im Kalendarium des »Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich«, Jahrgang 1933, las man:

»30. Januar — Ernennung des Kabinetts Hitler.

1. Februar — Auflösung des Reichstags.
27. Februar — Brand des Reichstagsgebäudes.«

Im »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich«, Jahrgang 1934, jedoch hieß es: »30. Januar — Ernennung des Kabinetts Hitler.

1. Februar — Auflösung des Reichstags.
27. Februar — — — — —
30. Juni — Ernennung eines Rohstoffkommissars im Reichswirtschaftsministerium.«

Der Reichstagsbrand gestrichen, der Massenmord vom 30. Juni auf die Ernennung eines Rohstoffkommissars verniedlicht —! Das schlechte Gedächtnis der Diktatoren ist immer eine Fundgrube für die Psychoanalyse!

Fichte und das Dritte Reich

Der Philosoph Johann Gottlieb Fichte wird wegen seiner »Reden an die deutsche Nation« von Hitler und seinen sogenannten Kulturpolitikern gern als Fleisch von ihrem Fleisch in Anspruch genommen. Doch selbst bei diesem »deutlichsten« aller Philosophen ist diese Reklamation nicht berechtigt, wie Fichtes Bewunderer und Biograph Reinhold Schneider in seinem Werk »Fichte, der Weg zu Nation«, Verlag Georg Müller, München, 1932, beweist. Da lesen wir:

»...noch 1804, unmittelbar vor dem Einbruch des napoleonischen Wetters, verzichtet Fichte felerlich auf das deutsche Vaterland; denn Vaterland ist immer das Land der höchsten Kultur; nicht der Boden, nicht das Blut und das Schicksalserbe binden den Menschen, sondern der Geist in seinem ewigen Wandel allein...«

Doch von diesem Fichte darf im Dritten Reich nicht gesprochen werden!

Trümmer der Arbeitsfront

Massenentlassungen von 4000 Angestellten

Mit der Hitlerverordnung vom Oktober 1934 hatte das Regime die große Linie zur völligen Entmachtung aller Arbeiter und Angestellten aufgezeichnet — das Schicksal der Arbeitsfront war besiegelt. Der Ley versuchte wohl noch einmal wenigstens den Schein seiner Arbeitsfront zu wahren und ihr die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten als Aufgabe zuweisen zu lassen. Eine dazu angekündigte Durchführungsverordnung ist jedoch auf Betreiben Schachts nicht herausgekommen. Die Unternehmer haben es sich verboten, daß auch nur irgendeine noch so bescheidene Schlichtungsstelle gebildet werden dürfe. Damit ist der Aufgabenkreis der Arbeitsfront radikal abgebaut und es bleibt, abgesehen von der Beitragsentziehung, und den parteimäßigen Bildungsarbeiten nur noch »Kraft durch Freude« übrig. Aber auch für das Feierabendwerk mußte der Etat für 1935 auf ein Minimum zusammengestrichen werden.

Mit der Schrumpfung ihres Aufgabenkreises und ihrer Unterordnung unter den Wirtschaftsdiktator Schacht ist die Deutsche Arbeitsfront jetzt zu Sparmaßnahmen übergegangen, die einem Generalabbau gleichkommen. Gegen Ende Februar wurden nicht weniger als

4000 Angestellte

gekündigt. Die für die Massenentlassung getroffene Auswahl läßt erwarten, daß das Arbeitslosenheer der »alten Kämpfer« eine Vermehrung erfahren wird. Die Einzelnachrichten aus Deutschland lassen erkennen, daß mit einem wahren Bienenfließ in den Ecken der Arbeitsfront und den Resten der Arbeitsgesetzgebung herumgefegt wird, um festzustellen, ob noch irgendwo die geringste Möglichkeit einer Selbstbehauptung der Arbeiterschaft zu zerbrechen wäre.

Schluß mit der Selbstverwaltung.

In der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hatte man bisher übersehen, die Vertrauensmänner zu beiseite zu lassen, die von den Versicherten gewählt waren und ihrerseits die Selbstverwaltung zu wählen hatten. Mit dem 5. Januar 1935 hat auch die RfA das Führerprinzip restlos eingeführt und jeden Einfluß der Versicherten aufgehoben. Die Bürokratie stellt den Leiter und bestimmt einen sogenannten Beirat, der ihn zu beraten hat. »Die Welt des Kaufmanns«, ein Organ der nationalsozialistischen Handlungshelfen, klagt bewegt, daß »jede maßgebliche Mitwirkung der Beitragszahler ausgeschlossen ist«. Sie hat offenbar noch nicht begriffen, daß das »materielle Denken« der Angestellten im Dritten Reiche glücklicherweise überwunden ist. Es geht heute um die »Ehre des Angestellten« und Ehrenmitglieder haben in der Versicherung nichts zu sagen.

Keine eigene Propaganda.

Nachdem die Arbeitsfront finanziell und politisch jeder Selbständigkeit entkleidet worden ist, gibt nunmehr Joseph Göbbels amtlich bekannt, daß die verbindlichen Richtlinien und Anweisungen für alle Fragen der Propaganda von jetzt ab nicht mehr durch den Reichsorganisationsleiter der Deutschen Arbeitsfront, sondern nur noch durch Göbbels selbst erfolgen dürfen. Die DAF erhält eine der Reichspropagandaabteilung unterstellte Abteilung. In jede Gaustelle des Göbbels-Propagandaapparates wird ein Referent für die Arbeitsfront eingesetzt. In den Kreisen, Ortsgruppen und Stützpunkten wird die Propaganda der Arbeitsfront ebenfalls in die Parteiorganisation eingereiht. Nun kann nichts mehr passieren.

»Sicherung des Arbeitsplatzes.«

Die Arbeitsfront hatte, als ihre Propaganda in den letzten Zügen lag, und außer »Kraft durch Freude« der letzte Vorrat an Lebensstoff ausgegangen war, nochmal einen Pressefeldzug für die Erhaltung des Arbeitsplatzes eingeleitet. Die Februarausgaben der Zeitungen der Reichsbetriebsgemeinschaften versichern die Gefolgsschaften, daß die liberalistische Vertragsfreiheit endgültig der nationalsozialistischen Rechtsneuerung gewichen sei. Infolgedessen hat der Unternehmer nicht mehr das absolute Kündigungsrecht; Kündigungen sind nur noch zulässig, wenn sie durch das Interesse der Nation an der Erhaltung eines Betriebes erforderlich erscheinen. Auch dieser falsche Zungenschlag ist inzwischen durch die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte korrigiert worden.

Ein junger Gefolgsmann erhielt nämlich von seinem Betriebsführer die Kündigung in seiner Arbeitsstelle als Schleifer. Er dachte

auch sofort an die großen Proklamationen in der Holzarbeiterzeitung über die »Erhaltung des Arbeitsplatzes« und erhob die Kündigungswiderrufsklage (25 AC 687/34; Arb. Resp. 1934, S. 513). Das Arbeitsgericht hat den Kläger abgewiesen, und zwar wegen »Verkenntnis des Gemeinschaftsgedankens«. Der Unternehmer hatte dem gelernten Schleifer angeboten, nach erfolgter Kündigung noch einige Zeit als ungelernter Arbeiter bleiben zu dürfen. Der junge Gefolgsmann hatte unter Erhaltung des Arbeitsplatzes seine Tätigkeit als Schleifer verstanden und darum jenes Angebot abgelehnt. Das Arbeitsgericht erklärte das Verhalten des Arbeiters »für falschen Stolz«. Denn er hätte vom Betriebsführer ein Opfer verlangt, ohne selbst zu einem Opfer bereit zu sein. Die Sicherung des Arbeitsplatzes war eine der Reklameforderungen der Deutschen Arbeitsfront!

Letzter Raub an der Angestelltenschaft.

Die Angestelltenverbände sind für eine allzubegleitete Gleichschaltung am härtesten bestraft worden. Sie waren nach mehrfacher Umwandlung in die »Deutsche Angestelltenschaft« aufgegangen, und diese wurde zum 31. Dezember 1934 radikal aufgelöst; es gibt keine Angestelltenorganisation mehr. Natürlich sind die Sekretäre der bisherigen Angestelltenschaft als Gruppenreferenten in der Arbeitsfront untergebracht worden. Charakteristisch war die letzte Tat der Deutschen Angestelltenschaft. Die früheren Angestelltenverbände zahlten regelmäßig zu Weihnachten den erwerbslosen Verbandskollegen eine Sonderunterstützung aus. Die nationalsozialistische Führung hat unmittelbar vor der Auflösung der Deutschen Angestelltenschaft, also vor dem endgültigen Raub der Verbandsvermögen, auch noch die erwerbslosen Verbandsmitglieder um die übliche Weihnachtsunterstützung betrogen. Es wurde beschlossen, zu Weihnachten 1934 keine Unterstützung an die Erwerbslosen auszusenden und das den Erwerbslosen vorenthalte Geld zur Gewährung eines dreizehnten Monatsgehaltes für die Nazi-Sekretäre der Deutschen Angestelltenschaft zu verwenden. »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«.

Durch die Blume

In Sachsen zieht ein NSBO-Redner von Fabrik zu Fabrik, um den Arbeitern in Betriebsappell-Vorträgen klar zu machen, was echte Betriebsverbundenheit sei. Dabei schildert er das Verhalten der Arbeiter in einem Chemnitzer Betrieb als vorbildlich. Diese Arbeiter hätten eingesehen, daß Deutschland danach streben müsse, so billig zu produzieren, daß das Ausland die deutschen Waren einfach kaufen müsse. Und um dem Betrieb Ausgaben zu ersparen und ihm die Produktion in wünschenswerter Weise zu verbilligen, hätten die Arbeiter aus freien Stücken beschlossen, künftig die Fabrikfenster selber zu putzen. Das täten sie nach Feierabend und ohne Entgelt, wobei die einzelnen eingeteilten Trupps sich wochenweise abwechselten.

Wahrscheinlich gibt es diesen Betrieb nirgends, und wenn der Redner in Chemnitz selber spricht, erzählt er das vielleicht von einem angeblichen Betriebe in Leipzig. Was aber würde, wenn es wahr wäre und Nachahmungsfälle, aus den Arbeiter der Fensterputzerinstitute, die doch auch ein Anrecht darauf haben, der Segnungen der »Volksverbundenheit« teilhaftig zu werden?

Aber die opfermütigen Arbeiter dieses vorbildlichen Betriebes sollen noch mehr getan haben. Sie sollen beschlossen haben, außer der Fensterputzerarbeit allwöchentlich für eine Arbeitsstunde auf den Lohn zu verzichten. Die dadurch eingesparte Lohnsumme soll zur Anschaffung von Blumenkästen und Blumen für die Fenster der Fabrik verwendet werden. Und wenn dann für ihr Geld die Pelargonien und Petunien blühen werden, wird es ihnen gar nichts ausmachen, daß die Summe in der Lohnliste noch kleiner geworden ist. Sie werden es durch die Blume erfahren, wie herrlich es ist, Arbeiter im Dritten Reiche zu sein.

Mal was Neues!

Aus einem Prospekt der Zeitschrift »Volks-gesundheit«:

»Wir wissen nun, warum der Jude mit allen Mitteln der Verführungskunst darauf ausgeht, deutsche Mädchen möglichst

»Tarifgehälter.«

In den letzten Veröffentlichungen des Institutes für Konjunkturforschung wird wieder einmal von der Steigerung des deutschen Arbeitseinkommens berichtet, doch fügt der Statistiker gleichzeitig hinzu:

»Das Tarifgehalt ist im großen und ganzen im vergangenen Jahr völlig gleichgeblieben, so daß also der einzelne Arbeiter, Angestellte oder Beamte an seinem eigenen Lohnzettel eine Einkommenssteigerung nicht feststellen kann.«

Diese einschränkende Bemerkung ist allerdings notwendig gewesen. Denn die Tarifverträge und die darin enthaltenen Lohnsätze sind nicht nur gleichgeblieben, sondern die Tarifgehälter sind überhaupt nicht mehr in Kraft. Es wird in den Berichten des Institutes für Konjunkturforschung immer wieder von »Tarifgehältern 1934 oder 1935« gesprochen und es wird völlig verschwiegen, daß die Betriebsführer durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ermächtigt sind, abweichend von den auf dem Papier stehenden Tarifgehältern, nach Gutdünken Werkstarife festzusetzen. So hat z. B. die Nazileitung des Konsumvereines im Ostseehafen Stettin zum 1. Januar 1935 durch einen Anhang zur Betriebsordnung die Gehälter erneut um 30 Prozent gekürzt. Verkäuferinnen mit 12 Berufsjahren wurden von 110 auf 100 RM. gekürzt, für die meisten Lagerhalter ist das Bruttomonatsgehalt von 185 auf 130 RM. vermindert worden. Ihr Nettoeinkommen beträgt aber nach Abzug aller freiwilligen und unfreiwilligen Beiträge kaum noch 100 RM. Für die Dienstwohnung müssen diese Lagerhalter 42 RM. aufbringen, so daß für die weitere Lebenshaltung etwa 55 bis 60 RM. im Monat verbleiben. Das ist eine hochbezahlte Arbeitnehmerschicht! Für alle Gruppen der Angestellten und Arbeiter aber gilt, daß Tarifgehälter nur noch in der Phantasie des Institutes für Konjunkturforschung bestehen.

So zerbricht der Faschismus Stück um Stück die letzten Reste vom Arbeitsrecht und Lohnschutz. Nur eines läßt sich nicht zerstören — der Wille der denkenden Arbeiter zum Kampf um die Befreiung von Reaktion und Faschismus.

frühzeitig zu schänden; warum der jüdische Arzt seine Patientinnen in der Narkose vergewaltigt; warum sogar die Judenfrauen ihren Männern den Verkehr mit Nichtjüdinnen gestatten: das deutsche Mädchen, die deutsche Frau soll den artfremden Samen eines Juden in sich aufnehmen, sie soll niemals mehr deutsche Kinder gebären.«

Wenigstens mal etwas Neues! Daß die jüdischen Aerzte ihre »arischen« Patientinnen in der Narkose zu vergewaltigen pflegen, hatte bisher selbst Streicher nicht festgestellt!

Ein Prophet starb

Prof. Ludwig Bernhard über deutschen Faschismus.

Vor kurzem starb in Berlin der bekannte Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Universität, Ludwig Bernhard, der während des Krieges Wirtschaftsberater im Stabe Hindenburgs und Ludendorffs war und später zum engsten Freundeskreis Hugenberg's gehörte. Sein Tod weckt die Erinnerung an eine Kundgebung, die seinerzeit beträchtliches Aufsehen erregte. Am 1. Dezember 1930 hielt Professor Bernhard im Plenarsaal des Oberverwaltungsgerichtes vor dem Preussischen Richterverein einen Vortrag, der kurz danach unter dem Titel »Der Staatsgedanke des Faschismus« im Verlag Julius Springer, Berlin, erschien. In diesem Vortrag setzte er sich auf Grund eingehender Studien mit dem italienischen Faschismus und seinen deutschen Nachahmern auseinander und fügte zum Schluß, bei aller Anerkennung der persönlichen Leistung Mussolinis, ein vernichtendes Urteil über den Faschismus. Er erklärte, daß »der Faschismus überhaupt kein in sich selbst ruhendes Staatssystem ist, sondern nur ein geschickt geformtes Instrument der einfachen Diktatur«. Es sei daher eine gefährliche Täuschung, wenn man glaube, im Faschismus ein »System« gefunden zu haben, das den Parlamentarismus ersetzen könnte. Diese Täuschung beruht auf der banalen Erfahrung, daß ein gut geleiteter Faschismus besser ist, als ein schlecht funktionierender Parlamentarismus. Aber der Faschismus wird nicht immer gut geleitet sein, und der Parlamentarismus nicht immer schlecht funktionieren. Ein gut funktionierender Parlamentarismus ist

einem gut geleiteten Faschismus vorzuziehen, weil der Parlamentarismus mit geringem Zwange auskommt, und weniger Lebensfreiheit verschlingt, als der Faschismus, und ein schlecht funktionierender Parlamentarismus ist nicht annähernd so grauhaft als ein schlecht geleiteter Faschismus, der die ganze Nation der Willkür eines Menschen oder einer Horde preisgeben würde.«

Abschließend erklärte Professor Bernhard: »Wir haben von einer Nachahmung des Faschismus nichts zu erhoffen«. Diese Worte haben sich als prophetisch erwiesen. Allerdings ist es vor allem der Partei Professor Bernhards und ihrem Führer Hugenberg zuzuschreiben, daß die deutsche Nachahmung des Faschismus ans Ruder gelangte, und das deutsche Volk der Willkür Hitlers und der nationalsozialistischen Horde ausgeliefert wurde.

Die Ehestandsdarlehen

Die Ehestandsbeihilfe wurde im Sommer 1933 als einer der großen Schlager angepriesen, mit denen die Nationalsozialisten einer bestimmten Schicht der ärmeren Bevölkerung sofort zu Hilfe kommen und außerdem einen Weg zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten gefunden haben wollten. Eintausend Reichsmark sollte jedes Ehepaar zinslos erhalten, wenn durch die Eheschließung der bisherige Arbeitsplatz der Frau freigemacht würde.

Die praktische Durchführung ging freilich von Anfang an nach weniger großzügigen Richtlinien vor sich. Vor allem wurde die Ehestandsbeihilfe nur »national zuverlässigen« Leuten gewährt. Dann wurden die 1000 Reichsmark sehr rasch auf den Betrag von 500 RM. als Höchstsatz festgesetzt. Aber auch dieser Betrag wurde nicht in bar ausgezahlt, sondern in Anweisungen an Handwerker, Fachgeschäfte usw.

Jetzt hat diese sonderbare »Hilfe« eine weitere Verkümmern durch die Reichsregierung erfahren. Durch Gesetz vom 24. I. 1935 wird bestimmt, daß der Antrag auf Gewährung nur dann gestellt werden kann, wenn die Braut in den letzten zwei Jahren vor der Antragstellung neun Monate lang als Arbeitnehmerin tätig war. Bisher mußte sie nur sechs Monate in einem Arbeitnehmerverhältnis gestanden haben.

Nachdem der Kampf um den Arbeitsplatz gegen die Mädchen und die Frauen in den letzten zwei Jahren umfassend und mit dem stärksten Nachdruck geführt worden ist, wird es so Frauen, die innerhalb der letzten zwei Jahre länger als neun Monate in Arbeit gestanden und nun die Neigung haben, für das Ehestandsdarlehen ihre Beschäftigung aufzugeben, kaum noch so zahlreich geben.

Bis zu 150 Reichsmark will die Regierung aber doch aus einem Sondervermögen des Reiches jährlich zur Verfügung stellen. Dieses Sondervermögen wird durch Abzweigung eines entsprechenden Betrages von den jährlichen Erträgen der in die Einkommensteuer eingebauten Ehestandshilfe geschaffen werden.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saar-gebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.